



JAHRESBERICHT 2013



Bonn International Center for Conversion

B · I · C · C

Inhalt

Geleitwort	4
Vorwort	5
Editorial: Militärische Interventionen der Zukunft	7
Globale Militarisierung: Aufrüstung im Nahen und Mittleren Osten sowie in Asien	10
Projektberichte	
Innovative Aspekte der Kleinwaffenkontrolle	14
Verbesserung des Waffen- und Munitionsmanagement im Südsudan	16
Neue Ansätze zur Kleinwaffenkontrolle im Sudan	17
Wo liegen die Chemiewaffen?	18
Eine Kaserne wird zivil – Best practice aus Bonn	20
Auswärtige Kultur und Bildungspolitik im Transformationsland Myanmar	21
Militär und Wirtschaft nach dem „Arabischen Frühling“	22
Große Sonnenkraftwerke in Nordafrika – Chancen oder Risiken?	23
Geoinformationsdienste für die Analyse von Ressourcenkonflikten	24
Ethische Fragen der Fernerkundung: das Beispiel Kleinbergbau in Afghanistan	25
Geschäftsbericht	26
Die Öffentlichkeitsarbeit des BICC	32
Publikationen	34
Das BICC: Konversionsforschung für eine friedlichere Welt	37

Geleitwort

Unsere Welt ist im Wandel. Dieser Wandel bringt Herausforderungen mit sich, die sich mit bisherigem Wissen, bekannten Strategien und erprobten Technologien nicht bewältigen lassen – seien es die Folgen des Klimawandels, die Frage nach einer umweltverträglichen und bezahlbaren Energieversorgung und Mobilität, der Umgang mit einer wachsenden Ressourcenverknappung, die Auswirkungen des demografischen Wandels oder andere Herausforderungen.

Wir müssen umdenken – um unseren Lebensstandard zu halten, aber auch, um den folgenden Generationen Entwicklungschancen und Zukunftsperspektiven zu ermöglichen. Wissenschaft, die Gewinnung und Vermittlung neuen Wissens, spielen bei der Suche nach neuen Lösungen eine zentrale Rolle.

Zu den globalen Herausforderungen gehört auch die Bewahrung bzw. Erreichung von Sicherheit und Frieden. Die Konflikte in Syrien, Ägypten, Mali, Afghanistan und dem Irak sind alarmierend. Hier ist die Friedens- und Konfliktforschung gefordert, Ursachen zu erkennen, Zusammenhänge aufzudecken, Lösungen aufzuzeigen und ihre Expertise Politik und Zivilgesellschaft beratend zur Verfügung zu stellen. Das Land Nordrhein-Westfalen verfügt auch in diesem Bereich über herausragende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Zu den ersten Adressen gehört hier ohne Zweifel das BICC in Bonn.

Im Jahr 2012 gehörte das BICC im Global "Go To Think Tanks"-Report der University of Pennsylvania in zwei Kategorien erneut zu den führenden Think Tanks weltweit. Ich bin stolz darauf, dass das einzige deutsche Friedens- und Konfliktforschungsinstitut, das Aufnahme in dieses internationale Ranking fand, in Nordrhein-Westfalen liegt.

Die Professur für Friedens- und Konfliktforschung an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, die der Wissenschaftliche Direktor des BICC, Conrad Schetter, nach der gemeinsamen Berufung durch die Universität Bonn und das BICC seit März 2013 innehat, steht für eine anwendungsorientierte, interdisziplinäre Forschung auf hohem akademischen Niveau. Sie bildet die wissenschaftliche Grundlage für die Arbeit des BICC. Ich freue mich, dass für die 2013 neu besetzte Funktion der Wissenschaftlichen Leitung des BICC mit Professor Schetter ein ausgewiesener Experte gewonnen werden konnte. Davon profitieren bereits heute die Bereiche der wissenschaftlichen Politikberatung und Kapazitätenentwicklung.



Die Erkenntnisse des BICC im Bereich der Rüstungsexportkontrolle sind national und international gefragt. Sein Globaler Militarisierungsindex (GMI) weist nach, dass der Nahe und Mittlere Osten die am höchsten militarisierte Region der Welt ist. Wissenschaftliche Politikberatung heißt in diesem Zusammenhang, nach Kriterien für die Rüstungsexportkontrolle zu suchen, einschließlich der Frage, welche Rolle dabei der Legislative, also den Parlamenten, zukommt.

Das BICC wendet sich zudem vermehrt interdisziplinären Forschungsthemen der Friedens- und Konfliktforschung wie Gewaltdynamiken, technologischen Veränderungen kriegerischer Auseinandersetzungen oder Interventionspolitik zu. Gleichzeitig denkt es darüber nach, welche Forschungsfelder sich für das BICC aus diesen Veränderungen ergeben.

Kurz vor Vollendung seines 20. Gründungsjahr 2014 will das BICC unter Leitung seiner wissenschaftlichen und kaufmännischen Doppelspitze neue Akzente für seine Arbeit setzen. Für den damit verbundenen fruchtbaren Diskussionsprozess wünsche ich dem Konversionszentrum viel Erfolg!

Ich wünsche dem BICC gutes Gelingen bei seiner wichtigen Arbeit und den Leserinnen und Lesern eine anregende Lektüre.

Svenja Schulze

Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung
des Landes Nordrhein-Westfalen

Vorwort

Das Jahr 2013 leitete eine neue Akzentsetzung am BICC ein. Seit März ist Conrad Schetter sein Wissenschaftlicher Direktor. Anders als in der Vergangenheit ist die Forschungsleitung mit einer neu geschaffenen Professur für Friedens- und Konfliktforschung an der Universität Bonn verbunden. Hierdurch soll die wissenschaftliche Arbeitsweise am BICC vertieft und gleichzeitig der inhaltliche Austausch mit der Universität Bonn verstärkt werden. Neben dem Wissenschaftlichen Direktor führt das BICC der Kaufmännische Geschäftsführer Michael Dedek; beide bilden eine Doppelspitze.

2013 begann ein Prozess der Neuorientierung, der uns in den kommenden Jahren begleiten wird. Dabei gilt es, Bewährtes und Erhaltenswertes mit neuen Impulsen und Themensetzungen zu verbinden. Hiervon zeugt bereits der Jahresbericht 2013, der über den Zeitraum Juli 2012 bis Juni 2013 Auskunft gibt.

Im Zentrum der Neukonzeptualisierung steht, dass wir uns in Zukunft auf eine kritische und politikrelevante Auseinandersetzung mit Dynamiken organisierter Gewalt konzentrieren werden. Sie bildet den Kern dessen, was wir unter „Konversionsstudien“ verstehen, und vollzieht sich auf drei Ebenen: *Konzepte*, *Mittel* und *Praktiken*.

Auf der *konzeptuellen* Ebene wollen wir verstärkt untersuchen, wie sich das Verständnis von Krieg und damit zusammenhängenden Prozessen verändert. So reflektiert Conrad Schetter im Editorial etwa über „Militärische Interventionen der Zukunft“ und setzt diese zum Trend technologischer Innovationen in Beziehung (S. 7).

Mit dem Begriff der *Mittel* wird die direkte materielle Dimension von organisierter Gewalt angesprochen: Sie umschließt Kleinwaffen ebenso wie die weltweiten Militärausgaben und Rüstungsexporte. In Bezug auf die Kleinwaffenkontrolle haben wir uns 2012/13 mit den Gefahren durch MANPADS (*Man Portable Air Defense Systems*, Ein-Mann-Boden-Luft Raketen) und dem möglichen Nutzen „intelligenter Technologien“ (*Smart Technologies*) beschäftigt (S. 14). Auch wird unsere Expertise sowohl zur sicheren Lagerung als auch zur Entwicklung von konventionellen Kontrollmechanismen für Kleinwaffen stark nachgefragt. Gestützt auf unsere wissenschaftlichen Erkenntnisse beraten wir diesbezüglich die Regierungen im Südsudan (S. 16) und Sudan (S. 17) bei der Entwicklung von Kapazitäten mit Expertinnen und Experten vor Ort.

Der vom BICC entwickelte Globale Militarisierungsindex (GMI) 2013 belegt, dass der Nahe und Mittlere Osten nach wie vor die am stärksten militarisierte Region ist (S. 10). Wir analysieren die globalen Rüs-



tungsausgaben und die Trends in Bezug auf weltweite und deutsche Rüstungsexporte.

Das Internetportal „Krieg und Frieden“ haben wir gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung ins Leben gerufen (S. 18). Hier bilden Daten und Fakten zu den Dynamiken organisierter Gewalt und ihrer Mittel die Grundlage für ein einzigartiges Instrument der politischen Bildung.

Militärische Liegenschaften sind ebenfalls auf der Ebene der *Mittel* verortet. Die Beschäftigung mit der Konversion ehemals militärisch genutzter Flächen ist eine klassische Aufgabe des Zentrums. Auch in diesem Bereich stehen *Best Practice* Beispiele für die Umsetzung neuer Ideen (S. 20).

Unter *Praktiken* verstehen wir sämtliche Prozesse beobachtbarer Veränderungen organisierter Gewalt und legen dabei gegenwärtig unser Augenmerk auf Militärregime, die von Umbruchsituationen erfasst werden. So forschen wir zur politischen Ökonomie des Militärs in Ländern der Arabellion (S. 22). Ein weiteres Projekt ist der Frage gewidmet, inwiefern in Myanmar die Rolle des Militärs sowie diverse Konfliktpotenziale die Transformation des Landes beeinflussen und welche Bedeutung dies für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik Deutschlands hat (S. 21).

„Natürliche Ressourcen“ und „Migration“ bilden weitere Schwerpunkte unserer Arbeit. Auch in diesen gesellschaftlich höchst relevanten Themen manifestiert sich organisierte Gewalt.

Der Jahresbericht greift die Verbindung von organisierter Gewalt und natürlichen Ressourcen anhand von drei Projektberichten auf. So arbeiten wir – unter Hinzuziehung der Fernerkundung und Methoden der Feldforschung – zu den wechselseitigen Beziehungen zwischen Konfliktkonstellationen und der Exploration von Ressourcen im Kleinbergbau in Afghanistan (S. 25) sowie Gold, Diamanten und Öl im Südsudan, im Tschad und der Demokratischen Republik Kongo (S. 24). Ein neues Projekt wirft die Frage auf, inwiefern sich der Bau großer Sonnenkraftwerke in Nordafrika auf



bestehende Konfliktkonstellationen auswirken bzw. neue verursachen kann (S. 23).

Der Jahresbericht wird durch einen kurzen Geschäftsbericht vervollständigt (S. 26), der Ihnen wichtige Kerninformationen zur unserer Arbeitsweise und unseren Finanzzahlen gibt.

Wir danken allen Auftraggebern und Förderern, allen voran dem Land Nordrhein-Westfalen, vertreten durch das Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung, für die wertvolle Unterstützung. Dies gilt ebenso für die Mitglieder unserer Gremien, die großen Einsatz für das BICC gezeigt haben. Last but not least möchten wir uns auch bei unseren Mitarbei-

terinnen und Mitarbeitern für die erfolgreiche Arbeit herzlich bedanken.

Gern möchten wir Sie an der Neuorientierung des BICC, das 2014 sein 20. Gründungsjubiläum feiern wird, teilhaben lassen. Mit unserer Neukonzeptionalisierung hoffen wir, unsere anwendungsorientierte, empirische Forschung in Zukunft noch kritischer, politikrelevanter und problemorientierter gestalten zu können.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen und freuen uns auf Ihre Anregungen und Kommentare.

Conrad Schetter und Michael Dedek

Editorial: Militärische Interventionen der Zukunft

Die letzten zwei Dekaden stellen in der Retrospektive die Zeit einer experimentellen Interventionspolitik dar. In diversen Formationen, unter unterschiedlichen Mandaten und mit verschiedenen Ansätzen erfolgten militärische Interventionen – ob auf dem Balkan, in West-, Ost- und Zentralafrika oder im Irak, in Afghanistan, Timor Leste und Haiti. Es mehren sich die Anzeichen, dass die Ära eines breit angelegten Interventionismus über die Entsendung umfangreicher Militäreinheiten dem Ende entgegenstrebt und neue Formen der Intervention an Bedeutung gewinnen.

Die Ära des Interventionismus

Die außenpolitischen Konzeptionen der USA, vieler europäischer Staaten wie auch inter- und supranationaler Organisationen erblickten Anfang der 1990er Jahre in militärischen Interventionen ein probates Mittel, um gewaltsamen Konflikten Einhalt zu gebieten. Dies lässt sich an der sprunghaften Zunahme militärischer Interventionen ablesen: Der UN-Sicherheitsrat autorisierte in den ersten 43 Jahren seit dem Zweiten Weltkrieg 13 friedenssichernde Missionen. Diese Zahl verdoppelte sich zwischen 1988 und 1995. Dieser quantitativen Intensivierung stand das Nicht-Eingreifen in Ruanda 1994 oder Darfur seit 2003 entgegen, wo Völkermorde und Massenvertreibungen massiven Ausmaßes begangen wurden.



Dieses Missverhältnis zwischen der mäßigen Bereitschaft in gewissen Fällen zu intervenieren und der gleichzeitigen Konjunktur von Interventionen in anderen Fällen ließ immer wieder die Frage nach den Beweggründen der Interventen aufkommen. Die moralische Begründung kam in humanitären Argumenten wie *responsibility to protect* (r2p) zum Ausdruck. Es wird im Namen der Menschlichkeit interveniert, um Menschenleben zu retten bzw. eine gewisse Qualität von Leben zu erhalten. Gerade der Berufung auf die humanitäre Notwendigkeit hielten Kritiker ent-

gegen, dass dies häufig nur vorgeschoben sei – strategische, ökonomische und Sicherheitsinteressen seien viel ausschlaggebender.

Staatsbildung, Regimewandel und Demokratisierung

Trotz dieser ungeklärten Motivationslagen vereinte nahezu alle Interventionen der letzten zwei Dekaden, dass es nicht mehr um den bloßen Einhalt von Gewalt geht, sondern um politischen Systemwandel. Aufgabenschwerpunkte und Mandate von Interventionen nahmen rapide zu: Bis zum Ende des Kalten Krieges beschränkten sich *Peacekeeping*-Operationen auf die Überwachung von Waffenstillständen zwischen Staaten (z. B. auf dem Sinai oder auf Zypern). Im Laufe der 1990er Jahre entwickelten sich – oft unter Führung der UN – komplexe *Peacebuilding*-Missionen. Die Passivität niederländischer UN-Blauhelme bei dem Massaker von Srebrenica 1995 stellte den einschneidenden Wendepunkt vom *Peacekeeping* zu *Peace Enforcement* und *Peacebuilding* dar. Interventionen nahmen nun – häufig in Form integrierter



Missionen – gesellschaftliche und staatliche Aufgaben wahr. Hieraus ergab sich ein Dilemma: Einerseits stellten lang anhaltende und breit ausgerichtete Interventionen, die über die humanitäre Ausrichtung hinausgingen, die Souveränität des betreffenden Staats essenziell infrage; andererseits sollten die Missionen über ihren Auftrag, demokratische Systeme und Staatsaufbau voranzutreiben, ihre Existenzberechtigung legitimieren.

Die Ergebnisse einiger Interventionen wie in Bosnien, Timor Leste oder Sierra Leone können verhalten positiv gesehen werden. Jedoch dominierten die in der westlichen Öffentlichkeit prominent diskutierten Fälle Afghanistan und Irak – aufgrund des hohen Anteils westlicher Soldaten. Beide Fälle zeigten, wie illusorisch es ist in einem verhältnismäßig kurzen Zeitraum von 12 bzw. 10 Jahren, Demokratisierung und Staatsaufbau

nur annähernd zu erreichen. In Afghanistan zeigte sich, dass *Statebuilding* nicht allein mit Infrastrukturmaßnahmen getan ist, sondern die Herausbildung staatsloyaler Einstellung ein Jahrhundertprojekt darstellt. Im Irak bedingte die völlige personelle Auswechslung des Militär- und Verwaltungsapparats den unmittelbaren Staatskollaps. Klientel- und Gewaltstrukturen behinderten die demokratischen Prozesse in beiden Ländern massiv.

Umdenken der Interventionspolitik

Die Verhältnismäßigkeit recht teurer Interventionen bei gleichzeitig vergleichsweise vielen Rückschlägen entfachte öffentliche Kritik: Demokratisierung und Staatsaufbau stellen Aufgaben dar, die nicht über eine kurzzeitige Intervention zu erreichen sind und bei denen die normativen Ansprüche von den vorzufindenden Realitäten weit entfernt sind. Zusätzlich sind konventionelle Armeen asymmetrischen Kriegen kaum gewachsen. Die nur bruchstückhafte Umsetzung der Counter-Insurgency-Strategie (COIN) im Irak und in Afghanistan verdeutlichte, dass konventionelle Armeen für Interventionen in Bürgerkriegssituationen nicht geschult sind. Schließlich führten beide Interventionen nicht zu einer Beendigung, sondern zu einer Fortsetzung gewaltsam ausgetragener Konflikte.

Die Wirtschafts- und Bankenkrise seit 2007 beförderten ebenfalls ein Umdenken in der Interventionspolitik. Die Interventionen in Afghanistan und im Irak kosteten den US-Steuerzahler 4.000 bis 6.000 Milliarden US-Dollar¹, was sich auf den Gesamthaushalt der USA dramatisch auswirkte. Spätestens seit dem Regierungsantritt Obamas im Januar 2009 überdenken daher die westlichen Länder in Zeiten knapper Kassen ihre Interventionspolitik.



¹ Linda J. Bilmes: The Financial Legacy of Iraq and Afghanistan: How Wartime Spending Decisions Will Constrain Future National Security Budgets. Harvard Kennedy School Faculty Research Working Paper Series, März 2013, S. 1.

Aktuelle Trends der Interventionspolitik

Zum Verständnis neuer Trends der Interventionspolitik ist das Vorgehen der NATO-Staaten in aktuellen Krisenregionen aufschlussreich. Es werden neue Formen der Interventionspolitik erprobt, die weit kostengünstiger erscheinen, weniger *boots on the ground* vorsehen und letztlich – aufgrund einer geringeren Truppeninvolviertheit – weniger mediale Kritik in der Öffentlichkeit provozieren sollen. Schon ist von einem *light footprint approach* die Rede (Lujan 2013). Es lassen sich folgende drei zentrale Strategien herausfiltern: Die ersten beiden gewinnen ihre Argumentation aus dem Glauben an technologische Überlegenheit; die letzte aus dem an finanzielle Überlegenheit.

1. Policing: Die in der afghanisch-pakistanischen Grenzregion erprobte Strategie, über den Einsatz unbemannter Drohnen zu intervenieren, stellt vielleicht die wichtigste Innovation der Kriegsführung der letzten Jahrzehnte dar. Drohnen bilden das effektivste Instrument einer Feinjustierung interventionistischer



Praxis, in der nicht mehr ein ganzes Land besetzt wird, sondern staatliche Souveränität nur einen lokal begrenzten Ausnahmezustand in sogenannten *ungoverned territories* erfährt. Es geht nicht mehr um *Statebuilding*, die Verbreitung von Demokratie oder die Wahrung von Menschenrechten, sondern allein um das *Containment* von Regionen, die über konkrete Polizeiaktionen – ob mit Drohnen, Kampfbomben oder dem kurzzeitigen Einsatz von *Special Forces* – in Schach gehalten werden sollen. *Police bombing* und *targeted killing* in begrenzten Räumen des Ausnahmezustands bedeuten daher nicht nur eine Risikominimierung für die eigenen Soldaten, sondern auch eine Austarierung der Grauzone staatlicher Souveränität. Durch die Konstruktion dieser neuen Art von Gewalträumen sind intervenierende Staaten nicht mehr an die Konventionen der Kriegsführung gebunden, welche für den Landkrieg gelten.

2. Luftschläge: Wenngleich die NATO ihre Luftschläge im Falle Libyens 2011 zunächst mit r2p begründete, war später schnell von *Regime change* die Rede. Anders als im Kosovo 1999, Irak 1990/91 bzw. 2003 oder Afghanistan 2001 erfolgte jedoch im Falle Libyens auf die Luftschläge der NATO keine Bodenoffensive, sondern bis zum Fall des Gaddafi-Regimes eine Unterstützung der Aufständischen. Es zeichnet sich der Trend ab, den Einsatz von militärischen Fußtruppen in großem Ausmaß zu vermeiden, um erst gar nicht in die Gefahr zu geraten, als „Besatzer“ wahrgenommen zu werden. In Libyen fand daher die Abkopplung des militärischen Einsatzes vom zivilen Wiederaufbau statt. Staatsaufbau und Demokratisierung wird ohne militärischen Schutz vor Ort erprobt.



3. Finanzierung von Rebellen: Wie sich bereits in Libyen abzeichnete, ist auch gegenwärtig in Syrien zu sehen, dass die Praxis, nicht selbst in einen Krieg einzuschreiten, sondern seine Verbündeten aufzurüsten, an Bedeutung gewinnt. Die Unterstützung von Verbündeten praktizierten die Supermächte zu Zeiten des Kalten Krieges in Vietnam, Nicaragua, Angola oder Afghanistan. Es handelt sich um die destruktivste Form der Intervention, da eine Friedensfindung gar nicht erst angestrebt wird, sondern ein „Gleichgewicht des Schreckens“. Die Rückkehr zu dieser Form der Intervention mag auch mit den Verschiebungen im globalen Machtgefüge erklärt werden, da Länder wie Russland oder China nicht länger den Hegemonieanspruch der USA anerkennen.

Bei allen drei Ansätzen, mit denen gegenwärtig vor allem die USA experimentieren, geht es darum, mit einem geringen Mitteleinsatz kurzfristige Interessen umzusetzen. Langfristige, visionäre Projekte wie Demokratisierung und *Statebuilding* treten in den Hintergrund und werden von militärischen Interventionen entkoppelt. In diesem Zusammenhang stellt die breit angelegte, französische Intervention in Mali seit Winter 2012/13 einen Sonderfall dar, was auf das französische Hegemoniestreben im frankophonen Afrika zurückgeführt werden kann.

Zukünftige Aufgaben für das BICC

Diese Verschiebungen der Interventionspolitik sind für die wissenschaftliche Arbeit des BICC von enormer Bedeutung. So stellt sich brennender denn je die Frage, wie sich gewaltsame Konflikte mit möglichst friedvollen Mitteln beenden lassen. Die breit angelegten, vergleichsweise kostenintensiven Missionen vieler Interventionen der letzten 20 Jahre, die auf drastische Veränderungen von normativen Rahmenbedingungen abzielten, brachten nur selten die erwünschten Erfolge; die jüngsten Ansätze einer *intervention light* geben kaum Anlass zur Annahme, dass es diesen ernsthaft um eine Konfliktüberwindung geht. So gilt es einen weit differenzierteren Überblick darüber zu bekommen, wann und unter welchen Rahmenbedingungen Interventionsmaßnahmen notwendig und erfolgversprechend sind.



Einen intensiveren Blick wird das BICC auf die neuen Formen, Technologien und Strategien der Kriegführung werfen, wie sie oben skizziert wurden. So ist etwa der viel diskutierte Einsatz von Kampfdrohnen in einen komplexeren Zusammenhang der zukünftigen Beschaffenheit von Kriegen zu stellen: Konventionelle Armeen erscheinen in Struktur und Hierarchie als statisch und antiquiert; die Grenzen zwischen Zivilem und Militärischen sind immer schwieriger zu ziehen; die Zyklen militärischer Überlegenheit durch technologischen Vorsprung werden immer kürzer etc.

In dem Bereich der Rüstungsexportkontrolle wird das BICC auch in Zukunft die Politik der Bundesregierung auf den Prüfstand zu stellen. So ist generell der Export von Rüstungsgütern in Krisenregionen – unter anderem die Golfregion und Südostasien – als sehr kritisch zu bewerten. Gerade die jüngste deutsche Politik der „Ertüchtigung“ ist mit den Grundsätzen der zivilen Krisenprävention, denen sich die Bundesregierung in einem eignen Aktionsplan verschrieben hat, kaum zu vereinbaren.

Conrad Schetter

Globale Militarisierung: Aufrüstung im Nahen und Mittleren Osten sowie in Asien

Der Globale Militarisierungsindex (GMI) 2013 weist nach, dass der Nahe und Mittlere Osten weiterhin die am höchsten militarisierte Region der Welt ist. Darüber hinaus zeigen sich besonders starke Tendenzen zu regionaler Aufrüstung vor allem in Asien. Der GMI, dem 2013 die Auswertung verschiedener Daten aus 149 Staaten zugrunde liegt, wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert und erscheint in diesem Jahr zum vierten Mal.

Das sich mit Israel, Syrien, Jordanien und Kuwait vier Länder des Nahen und Mittleren Ostens unter den Top 10 des GMI befinden, spiegelt die hohe Militarisierung dieser konfliktreichen Region wider. Hinzu kommt, dass mit Ausnahme Katars auch alle anderen Staaten dort immerhin unter den Top 40 rangieren. Diese hohe Militarisierung trägt zusammen mit der allgemeinen Aufrüstung durch Rüstungsimporte aus aller Welt (s. u.) zur weiteren Destabilisierung der Region bei und kann dazu führen, dass sowohl innere als auch äußere Konflikte, wie beispielsweise in Syrien, gewaltsam ausgetragen werden.

In den TOP 10 behaupten aber auch einige europäische Staaten wie Russland und Zypern ihre Positionen. Zyperns Stammpflicht in der Spitzengruppe geht vor allem auf den seit Jahrzehnten ungelösten Konflikt zwischen der griechischen und der türkischen Bevölkerungsgruppe auf der Insel zurück. Während Aserbaidschan schon in den Vorjahren hoch platziert war, ist Armenien² dieses Jahr neu hinzugekommen. Der forcierte Aufbau militärischer Kapazitäten im Kaukasus wird von einer hitzigen diplomatischen Rhetorik und

der Gefahr eines militärischen Wiederaufflackers des langjährigen Konflikts um Nagorno Karabach begleitet.

Der Globale Militarisierungsindex (GMI)

bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Der GMI erfasst dazu mehrere Indikatoren, um den Grad der Militarisierung eines Landes darzustellen:

- Militärausgaben im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) und der medizinischen Versorgung (Anteil am BIP);
- Verhältnis von (para)militärischem Personal, Reservisten und Ärzten zur Gesamtbevölkerung;
- Anzahl der schweren Waffensysteme im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung.

Der GMI 2013 basiert auf Daten des Jahres 2012 (d. h. den aktuellsten vorliegenden Zahlen) und umfasst 149 Staaten. Er stützt sich u. a. auf Zahlen des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI, des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltgesundheitsorganisation (WHO), des International Institute for Strategic Studies (IISS) und des BICC.

Zwar hat sich der Anstieg der Rüstungsetats weltweit in den vergangenen Jahren etwas verlangsamt und ist 2012 erstmals rückläufig. Dies ist jedoch überwiegend auf Sparmaßnahmen in den USA und Westeuropa zurückzuführen. Doch auch diese Einschnitte ändern nichts an der Tatsache, dass mit 668 Milliarden US-Dollar im Jahr 2012 weiterhin der Großteil der Militärausgaben auf die USA entfiel. Mit einigem Abstand folgten ihnen China (157 Mrd. US-Dollar) und Russland (90 Mrd. US-Dollar). Die Vereinigten Staaten sind allein für 39 Prozent der weltweiten Militärausgaben verantwortlich; allerdings ist ihr nach wie vor dominierender Anteil damit erstmals seit Ende des Kalten Krieges auf unter 40 Prozent gesunken.

Regionale Aufrüstung im Blickpunkt: Naher und Mittlerer Osten

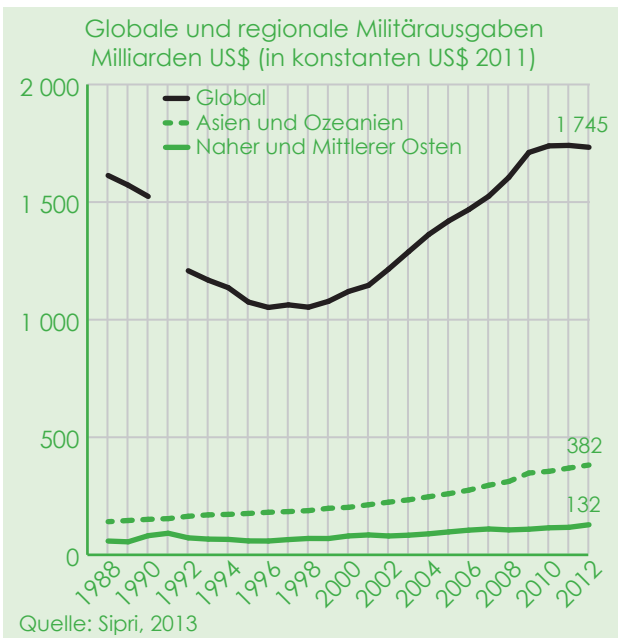
Nirgendwo in der Welt wird so massiv aufgerüstet wie im Nahen und Mittleren Osten. Israel (GMI: Platz 1) sowie die arabischen Staaten Syrien (GMI: Platz 5), Jordanien (GMI: Platz 6), Kuwait (GMI: Platz 10), Oman (GMI: Platz 11) und Saudi-Arabien (GMI: Platz 13) gehören zu den am stärksten militarisierten Ländern der Region. Die hohe Militarisierung zeigt sich unter anderem am Verhältnis der Militärausgaben zum Bruttoinlandsprodukt, das in einigen Staaten der Region deutlich über sieben Prozent und damit weit über dem

Globaler Militarisierungsindex 2013 Top 10

Rang	Land	Militärausgaben Indexwert	Personen Indexwert	Schwere Waffen Indexwert	GMI Wert
1	Israel	4,69	6,27	3,65	794
2	Singapur	4,22	6,48	3,29	752
3	Russland	4,41	5,93	3,32	729
4	Armenien	4,44	6,18	2,97	724
5	Syrien	4,47	5,67	3,30	714
6	Jordanien	4,28	5,66	3,22	694
7	Südkorea	3,84	6,14	2,94	679
8	Aserbaidschan	4,47	5,55	2,83	673
9	Zypern	3,60	5,82	3,32	667
10	Kuwait	4,45	5,12	3,18	666

Zur Methodologie des GMI s. Occasional Paper VII. Grebe, Jan. 2011. Der Globale Militarisierungsindex (GMI). Bonn: BICC, Februar

² Seit 2013 werden für Armenien auch Reservisten erfasst, weshalb das Land im Vergleich zu zurückliegenden Jahren deutlicher höher platziert ist.



weltweiten Durchschnitt von etwa 2,5 Prozent liegt (zum Vergleich: In Deutschland beträgt das Verhältnis etwa 1,4 Prozent).

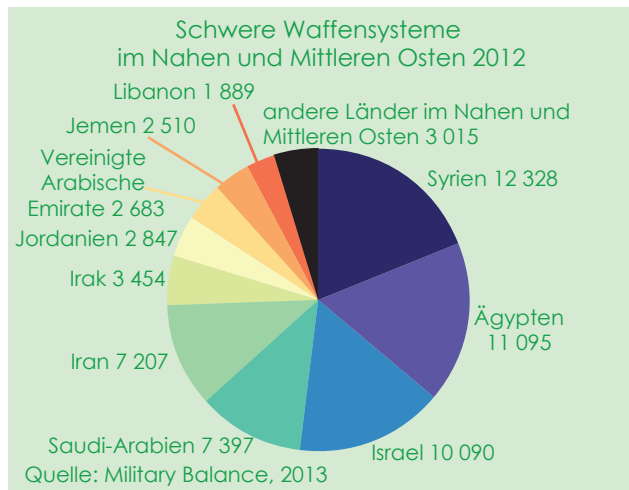
Die Militärausgaben im Nahen und Mittleren Osten weisen eine deutliche Aufwärtskurve auf. 2012 lagen sie bei 128 Milliarden US-Dollar, während es im Jahr 2000 noch 80 Milliarden US-Dollar waren – immerhin eine Steigerung von 60 Prozent.

Globaler Militarisierungsindex 2013
Top 10 Naher und Mittlerer Osten

Rang	Land	GMI	Militärausgaben/ BIP	Gesundheitsausgaben/ BIP
1	Israel	794	6,6	7,7
5	Syrien	714	4,0	3,7
6	Jordanien	694	4,5	8,4
10	Kuwait	666	3,5	2,7
11	Oman	665	8,7	2,3
13	Saudi-Arabien	646	7,6	3,7
15	Bahrain	645	3,5	3,8
18	Libanon	614	4,0	6,3
26	Ägypten	578	1,7	4,9
28	Iran	564	1,8	6,0

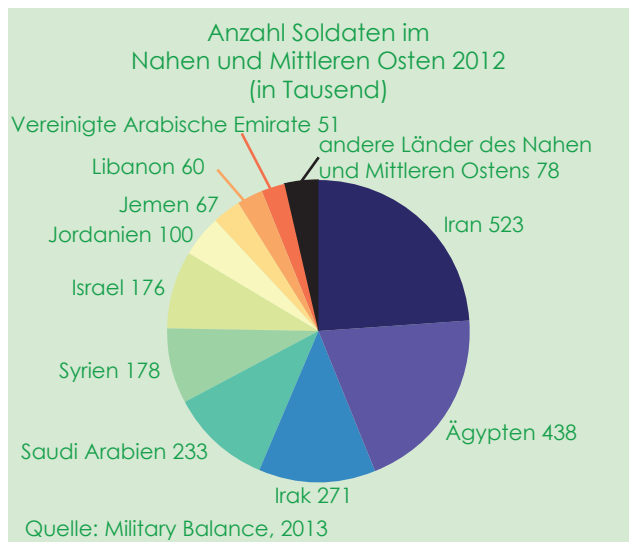
In der Region gibt es eine vergleichsweise hohe Konzentration schwerer Waffensysteme³. Noch immer verfügt Syrien über die größte Anzahl, gefolgt von Ägypten (GMI: Platz 26) und Israel.

³ Gepanzerte Fahrzeuge, Artillerie, Kampfflugzeuge, Großkampfschiffe



Die Golfmonarchien, allen voran Saudi-Arabien, investieren Milliardensummen in die Beschaffung neuer Waffen, die sie größtenteils mangels eigener Rüstungsindustrie importieren. Allein 2011 beauftragte die Regierung Saudi-Arabiens US-Rüstungsunternehmen mit der Lieferung von Kampfflugzeugen und anderen Rüstungsgütern im Wert von 60 Milliarden US-Dollar. Saudi-Arabien treibt der Ehrgeiz an, die eigene Rolle als regionales Schwergewicht auszubauen und zu untermauern. Im Zentrum der Beschaffungsvorhaben stehen strategische Waffen wie Raketen und Kampfflugzeuge, die ermöglichen auch entfernte Ziele innerhalb der Region anzugreifen. Treibender Faktor hinter diesen Geschäften dürfte die Rivalität mit dem Iran sein, gegen den es eine Drohkulisse aufzubauen gilt.

Auch wenn die USA nach wie vor der größte Rüstungslieferant für die Region darstellten, gewinnt auch Deutschland immer mehr an Attraktivität als Anbieter. Für Syrien und den Iran ist hingegen Russland der Hauptexporteur.



Insgesamt ist im Nahen und Mittleren Osten die Anzahl der Soldaten im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung in den einzelnen Staaten hoch. Neben dem Iran (GMI: Platz 28) haben Ägypten und der Irak (GMI: Platz 40) beachtliche Streitkräfte. Die Golfmonarchien hingegen besitzen nur kleinere Militärapparate, die gleichzeitig aber stark hochgerüstet und häufig gut trainiert sind.

Militarisierung in Asien und Ozeanien

Die zunehmende Militarisierung in der Region vollzieht sich vor dem Hintergrund einer Vielzahl ungelöster Territorialkonflikte, gegenseitiger Sicherheitsbedrohungen und Rivalitäten zwischen einzelnen Staaten. Zwar bewegen sich die Militärausgaben im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt bei den meisten Staaten häufig auf einem moderaten Niveau, in absoluten Zahlen sind die Militärausgaben zuletzt aber stark angestiegen.

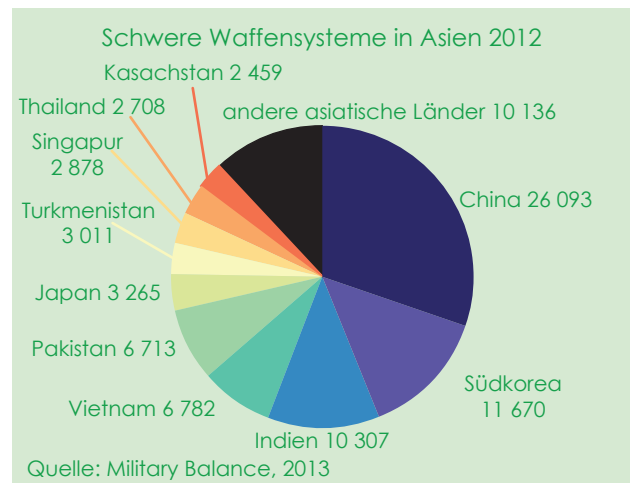
Dabei nimmt China (GMI: Platz 83) in Bezug auf die Militärausgaben nicht nur weltweit, sondern auch in Asien einen Spitzenplatz ein. Es ist allein für 40 Prozent der gesamten Militärausgaben in der Region verantwortlich. Zusammen kam der Kontinent 2012 auf 382 Milliarden US-Dollar, während es im Jahr 2000 noch 202 Milliarden US-Dollar waren. Dies bedeutet eine Steigerung von 89 Prozent.

Globaler Militarisierungsindex 2013
Top 10 Asien

Rang	Land	GMI	Militärausgaben/ BIP	Gesundheitsausgaben/ BIP
2	Singapur	752	3,4	4,6
7	Südkorea	679	2,8	7,2
14	Brunei	645	2,5	2,5
21	Vietnam	607	2,5	6,8
22	Mongolei	595	1,1	5,3
35	Sri Lanka	542	2,6	3,4
37	Thailand	539	1,5	4,1
46	Pakistan	515	2,9	2,5
47	Kirgistan	514	3,7	6,5
49	Kambodscha	513	1,5	5,7

Die Tendenz zur Aufrüstung macht sich auch daran fest, dass Indien (GMI: Platz 73), China, Pakistan (GMI: Platz 46), Südkorea (GMI: Platz 7) und Singapur (GMI: Platz 2) in den letzten Jahren zu den weltweit größten Rüstungsimporteuren gehörten.

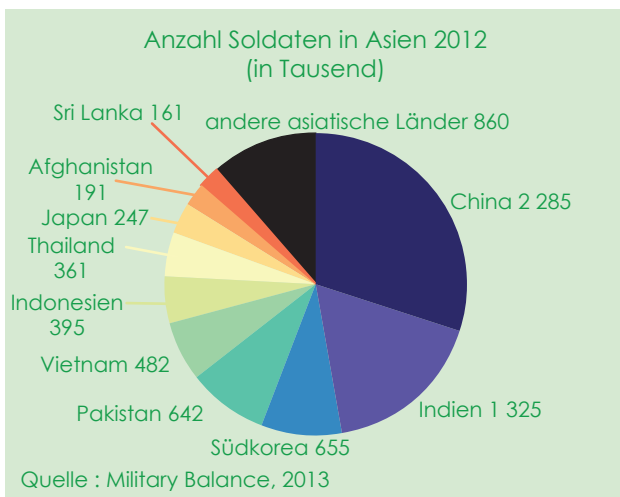
Durch hohe Investitionen in die Modernisierung der Waffenarsenale steigerten Staaten in Asien die Zahl konventioneller Großwaffensysteme. China sticht bei der Anzahl schwerer Waffensysteme hervor und dominiert mit Abstand den gesamten asiatischen Raum⁴. Südkorea bleibt angesichts des andauernden Konflikts mit Nordkorea ein hochgerüsteter Staat.



Die ungelösten Territorialkonflikte im ost- und südchinesischen Meer beeinflussen insbesondere die Anschaffung maritimer Waffensysteme. Zahlreiche Staaten sehen in der Stärkung der chinesischen Streitkräfte ein Bedrohungspotenzial und streben daher eine Modernisierung ihrer Seestreitkräfte an. So forciert nicht nur China den Bau und den Kauf neuer U-Boote, sondern auch Vietnam (GMI: Platz 21), Südkorea, Japan (GMI: Platz 111), Australien (GMI: Platz 72) und Indonesien (GMI: Platz 91) erwerben neue U-Boote oder planen deren Anschaffung.

China verfügt mit Abstand über die größte Armee in der Region und hat gemessen an der Anzahl der Soldaten auch die weltweit größten Streitkräfte. Sie verfügen jedoch über keinerlei Kampferfahrung und wären nur begrenzt in der Lage komplexe Operationen fernab des eigenen Territoriums durchzuführen. Auch Indien verfügt mit 1,35 Millionen Soldaten über ein beachtliches Militär.

⁴ Es ist anzunehmen, dass Nordkorea zahlenmäßig über ein noch größeres Arsenal schwerer Waffen als China verfügt. Verlässliche Angaben dazu sind jedoch nicht vorhanden.



Mit der Modernisierung der Waffenarsenale und der Veränderung der Bedrohungsszenarien planen viele Staaten eine Professionalisierung und in diesem Zuge auch eine teilweise Verkleinerung ihrer Streitkräfte.

Rüstungsexporte und die Rolle Deutschlands als weltweiter Lieferant

Zwar sind die USA und auch Russland für viele Staaten in Asien sowie im Nahen und Mittleren Osten weiterhin wichtige Rüstungslieferanten. Doch auch für europäische Rüstungsunternehmen gewinnen die Staaten in diesen Regionen als Absatzmärkte immer mehr an Bedeutung. Während 2007 nur acht Prozent aller europäischen Rüstungsexporte in den Nahen und Mittleren Osten gingen, belief sich der Anteil 2011 auf bereits über 21 Prozent. Neben konventionellen Großwaffensystemen ging es hier auch um Grenzsicherungssysteme und umfangreiche Rüstungstechnologie, die auch dem Aufbau eigener Produktionskapazitäten in den Ländern dient. Mehr als elf Prozent aller Rüstungsexporte aus EU-Mitgliedsstaaten gelangten 2011 in den gesamten asiatischen Raum. So lieferte

beispielsweise Schweden U-Boote nach Singapur und Kampfflugzeuge nach Thailand; die Niederlande schlossen einen Vertrag über den Verkauf von zwei Fregatten mit Vietnam.

Asien ist ein großer Wachstumsmarkt und wird für deutsche Rüstungsfirmen in Zukunft immer wichtiger. Davon zeugen sowohl die Lieferungen von U-Booten nach Südkorea, von Panzern nach Singapur und Patrouillenbooten nach Brunei, als auch die Ausfuhrgenehmigung von bis zu 104 Kampfpanzern nach Indonesien Ende 2012. Dieses Geschäft umfasst auch den Verkauf von 50 Schützenpanzern.

Der Nahe und Mittlere Osten ist hingegen schon länger ein wichtiger Markt für deutsche Rüstungsfirmen. Die Bundesregierung genehmigt seit Jahren immer mehr Rüstungsausfuhren für Staaten dieser Region. Allein im Jahr 2012 beliefen sich die deutschen Rüstungsexporte in diese Region auf 1,421 Milliarden Euro. Der Löwenanteil in Form von Grenzsicherungsanlagen entfällt auf Saudi-Arabien. Hinzu kommt ein umfangreiches Panzergeschäft mit Katar, an das Deutschland 62 Kampfpanzer und 24 Panzerhaubitzen liefert. Offen ist derzeit immer noch, ob das Geschäft mit Saudi-Arabien zum Kauf von bis zu 270 Kampfpanzern realisiert wird. Deutschland hat in der Vergangenheit ein grundsätzliches Interesse an einem solchen Transfer signalisiert.

Hinter diesen Geschäften scheinen verstärkt auch sicherheitspolitische Erwägungen zu stehen. Die Bundesregierung ist offenbar gewillt, trotz der gefährlichen Rüstungsdynamiken in den Regionen Staaten mit Rüstungsgütern auszustatten. Die „Ertüchtigung“ strategischer Partner zielt darauf ab, diese für sicherheitspolitische Aufgaben, etwa eigene Interventionen, zu befähigen.

Jan Grebe

Waffenexporte der EU-Mitgliedsstaaten in ausgewählte Regionen (a: Volumina der vergebenen Lizenzen in Millionen Euro; b: Anteil an den gesamten Ausfuhren in Prozent)

	2007		2008		2009		2010		2011	
	a	b	a	b	a	b	a	b	a	b
EU	10 660	39,3	10 597	31,6	9 630	23,9	9 000	28,4	14 495	38,6
Andere europäische Länder	2 133	7,9	3 094	9,2	1 641	4,1	1 746	5,5	1 837	4,9
Naher und Mittlerer Osten	2 148	7,9	4 963	14,8	9 638	23,9	6 660	21,0	7 975	21,3
Südasien	2 020	7,5	1 758	5,2	2 072	5,1	1 942	6,1	2 464	6,6
Südostasien	1 963	7,2	2 642	7,9	2 106	5,2	1 940	6,1	1 779	4,7
Nordostasien	446	1,6	2 726	8,1	787	2,0	831	2,6	835	2,2
Nordafrika	578	2,1	985	2,9	2 033	5,0	1 664	5,2	1 201	3,2
EU: Gesamt	27 100		33 499		40 302		31 723		37 525	

Quelle: Rat der Europäischen Union, EU Jahresbericht, <http://eur-lex.europa.eu/en/index.htm>

Innovative Aspekte der Kleinwaffenkontrolle

Wie die jüngsten Diskussionen um Drohnen und Robotics zeigen, revolutionieren neue Technologien gegenwärtig die Rüstungsindustrie. Mit seiner friedenspolitischen Ausrichtung beschäftigte sich das BICC in zwei vom Auswärtigen Amt (AA) geförderten Projekten mit der Rolle von innovativen Technologien in der Kontrolle von Klein- und Leichtwaffen (SALW)¹. Ein Forschungsprojekt analysierte die Bedrohung der zivilen Luftfahrt durch MANPADS, also schultergestützte Flugabwehrsystemen. Das andere, eine internationale Konferenz zu „intelligenten Technologien“, warf Fragen auf, wie *Smart Technologies* zur Sicherung von Waffen, ihrer Lagerhaltung und ihrer internationalen Transfers genutzt werden können.

MANPADS

In den vergangenen zwei Jahrzehnten gewannen asymmetrische Konflikte, in denen nicht-staatliche Gewaltakteure gegen einen Staat kämpfen, an Bedeutung. In diesen kommen häufig Waffensysteme, die mit kleinem Aufwand großen Schaden anrichten können, eine große Rolle zu und geben Anlass zur Sorge. Dazu gehören etwa schultergestützte Flugabwehrsysteme, sogenannte MANPADS (*Man Portable Air Defense Systems*), die sich besonders für Angriffe auf mobile Ziele eignen.

MANPADS sind klein, leicht, robust und können ein Flugzeug oder einen Hubschrauber mit einem einzigen Schuss zum Absturz bringen. Seit den 1970er Jahren sind ca. 50 Angriffe durch MANPADS auf zivile Flugzeuge dokumentiert, dabei kamen 920 Menschen ums Leben. Mit dem MANPADS-Angriff auf ein israelisches Passagierflugzeug in Kenia im Jahre 2002 begann eine internationale Debatte über diese Waffengattung.

Das BICC-Projekt beleuchtete die Bedeutung von MANPADS aus verschiedenen Blickwinkeln sowie Möglichkeiten ihrer effektiveren Kontrolle. Die 2013 erschienene BICC-Studie „MANPADS—A terrorist threat to civilian aviation?“ (BICC *brief* 47) gilt als eine der umfassendsten Publikationen zu diesem Thema.

Obwohl MANPADS noch nach Jahrzehnten funktionsfähig sein können, lässt ihre Zuverlässigkeit mit der Zeit spürbar nach. Das liegt vor allem am langsamen Verfall der thermischen Batterien und des Festbrenn-



stoffes zum Antrieb der Rakete. Zudem fanden die meisten Angriffe auf zivile Flugzeuge in Kriegsgebieten statt, was das Gefährdungsszenario für große Teile des Flugverkehrs relativiert.

Die Studie kommt zu dem Schluss, dass die bisherige Regulierung von MANPADS unzureichend ist. Die USA sind das einzige Land, das ein spezifisches Gesetz für diese Waffen verabschiedet hat. Auf internationaler Ebene sieht das Wassenaar-Abkommen für Exportkontrollen von konventionellen Waffen sowie doppelverwendungsfähigen Gütern und Technologien zwar vorbildliche Regelungen vor, die jedoch durch fehlende Kontroll- und Sanktionsmechanismen verwässert werden.

Die Publikation schlägt vor, der Gefahr durch MANPADS durch Gegenmaßnahmen auf mehreren Ebenen zu begegnen, die diplomatische, legislative, operationelle und technische Elemente enthalten. Wichtigstes Ziel muss dabei sein, die Waffen nicht in die Hände möglicher Angreifer gelangen zu lassen. Dies kann durch internationale Regelungen, nationale Gesetzgebung, strikte Kontrolle der Lager sowie die Zerstörung veralteter Waffen erreicht werden.

Auch muss vereitelt werden, dass MANPADS von Terrorgruppen zum Angriff positioniert werden können, wozu beispielsweise eine verbesserte Kontrolle der Umgebung von Flughäfen beitragen könnte. Wenn das Militär MANPADS durch größere, schwerer zu bedienende CREWPADS, die mehrere Personen für Transport und Bedienung erfordern, ersetzen würde, wäre dies eine weitere Hürde für den Schmuggel dieser Waffen. Eine bessere technische Einsatzkontrolle könnte zum Beispiel durch „intelligente Technologien“ (s. u.) erreicht werden. Schließlich könnten auch technische Maßnahmen Flugzeuge gegen MANPADS besser schützen.

¹ Kleinwaffen sind z. B. Gewehre, Pistolen, leichte Maschinengewehre und alle Waffen, die von einer Person getragen und bedient werden können. In die Kategorie der Leichtwaffen fallen z. B. schwere Maschinengewehre, von Hand bedienbare Panzerabwehr-Granatwerfer (RPG), MANPADS (schultergestützte Flugabwehrsysteme), Mörser und andere Waffen, die von einer kleinen Mannschaft gehandhabt werden können.

Smart Technology in der Kleinwaffenkontrolle

Technologie ist heute aus vielen Lebensbereichen kaum noch wegzudenken, sei es etwa zur Erhöhung der Verkehrssicherheit oder zur schnelleren Verarbeitung von Daten. *Smart Technologies* oder auch „intelligente Technologien“ scheinen in vielen Gesellschaftsbereichen vielversprechend. Auch bei der Kontrolle von Kleinwaffen, wo bislang konventionelle, mechanische Verfahren vorherrschen, könnten sie angewandt werden.

Technische Entwicklungen wie Fingerabdruck- und Handflächenerkennung, *Radio-Frequency-Identification* (RFID) oder Chips können im Bereich der Zugangsbeschränkung zu Kleinwaffen angewendet werden. Möglich ist auch die Nachverfolgung von Waffenlieferungen durch GPS-Sender oder die Ausstattung einer Schusswaffe mit einer Kamera, die für forensische Beweise bei jeder Betätigung des Abzugs ein Foto macht.

Diese potenziellen Nutzungsmöglichkeiten gaben Anlass dafür, dass das BICC zusammen mit dem Auswärtigen Amt am 17. und 18. Juni 2013 in Berlin die internationale Konferenz „Smart Technology in SALW Control (SmartCon)“ durchführte. Über 80 Wissenschaftler, Diplomaten sowie Vertreter aus Wirtschaft und Nichtregierungsorganisationen diskutierten die Potenziale und Grenzen dieser Technologie im Bereich der Kleinwaffenkontrolle.

Ausgangspunkt für die Diskussion waren die hohen Opferzahlen durch Schusswaffen – sei es in bewaffneten Konflikten, bei Unfällen oder Suiziden. Experten legten auf der Konferenz die technischen Möglichkeiten von *Smart Technologies* dar, ohne dabei auch kritische Aspekte außer Acht zu lassen. So eignet sich Hochtechnologie kaum zur Kontrolle von Kleinwaffen in Postkonfliktländern mit niedrigem technologischen Standard; zumal hier viel handfestere Probleme wie zum Beispiel die sichere Lagerung von Waffen im Vordergrund stünden. Wenig kontrovers hingegen diskutierten die Teilnehmer die Anwendung von „intelligenten Technologien“ beim Export und der Nachverfolgung von Waffen. Die Vorteile scheinen hier gegenüber Risiken (z. B. Funktionsstörungen) zu überwiegen. Der Einsatz von *Smart Technologies* hat zudem nicht nur technische, sondern vor allen Dingen auch politisch-legislative Implikationen auf nationaler, regionaler oder globaler Ebene. Daher warnten Teilnehmer, dass intelligente Technologien kein Allheilmittel in der Kontrolle von SALW seien.



Die Erkenntnisse und Fragestellungen der „SmartCon“ gaben wichtige Impulse für die Forschung am BICC. So wird sich das BICC auch in Zukunft kritisch mit Entwicklungen der Rüstungstechnologie auseinandersetzen.

Projekttitel:	Studie zu sicherheitsrelevanten Risiken von MANPADS
Dauer:	bis Februar 2013
Gefördert durch:	Auswärtiges Amt
Projektteam:	Michael Ashkenazi, Princess Amuzu, Jan Grebe, Elvan Isikozlu, Christof Kögler, Marc Kösling
Publikation:	Brief 47 – MANPADS: A Terrorist Threat to Civilian Aviation?
Projektkategorie:	Wissenschaftliche Politikberatung

Projekttitel:	<i>Smart Technology</i> in der Kleinwaffenkontrolle (SmartCon)
Dauer:	seit Februar 2013
Gefördert durch:	Auswärtiges Amt
Projektteam:	Michael Ashkenazi, Marc Kösling
Projektkategorie:	Kapazitätenentwicklung

Verbesserung des Waffen- und Munitionsmanagements im Südsudan

Das BICC berät die Regierung des Südsudan bei der Verbesserung der Lagerung von Klein- und Leichtwaffen. Es stellt dem südsudanesischen Innenministerium und Militär vor Ort Expertise für die Markierung, Registrierung und Lagerung von Waffen sowie die Formulierung von entsprechenden Regelwerken bereit. Das Auswärtige Amt finanziert dieses Projekt.

Zwei Jahre nach seiner Unabhängigkeit ist der Südsudan ein Staat im Wandel: Die Zahl der Analphabeten geht zurück, neue Straßen werden gebaut, die Hauptstadt Juba ist eine der am schnellsten wachsenden Städte der Welt. Gleichzeitig muss sich die Regierung zahlreichen Problemen stellen. Die Kontrolle von Kleinwaffen, die zu gewaltsamen Konflikten in vielen Teilen des Landes beitragen und das Leben tausender Menschen bedrohen, ist eines davon.

Seit 2011 berät das BICC die südsudanesische Regierung und unterstützt sie dabei, die Verwaltung und Sicherung von Klein- und Leichtwaffen sowie von Munition zu verbessern. Direkte Partner sind das im Innenministerium angesiedelte Büro für Gemeindefriede und Kleinwaffenkontrolle sowie alle mit Waffen ausgerüsteten staatliche Stellen (Armee, Polizei, Wildhüter etc.). Darüber hinaus ist eine Aufgabe des BICC, die Kontakte zwischen dem Büro, verschiedenen Regierungsinstitutionen und internationalen Partnern zu gewährleisten. Dazu gehören sowohl die UN-Einrichtungen UNMIS (UN Mission in South Sudan), UN Mine Action Programme und das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen UNDP sowie Nichtregierungsorganisationen wie Mines Advisory Group, Danish Demining Group und Saferworld, die selbst im Südsudan tätig sind, als auch die deutsche Bundeswehr und das Genfer Forschungsinstitut Small Arms Survey.

Die Beratung des BICC konzentriert sich darauf, innerhalb der staatlichen Stellen Verwaltungs- und Sicherungssysteme für Waffen- und Munitionsvorräte aufzubauen. So sollen spezielle Mitarbeiter dafür sorgen, dass regelmäßige Inspektionen der Lager stattfinden.

Das BICC arbeitet auch direkt mit der Armee des Südsudan zusammen. Zentrale Aufgabe ist die Ausbildung ausgewählter Offiziere in der Kleinwaffenkontrolle. Um eine Nachhaltigkeit zu gewährleisten, wird darauf geachtet, dass Mitarbeiter, die an Weiterbildungsmaßnahmen teilgenommen haben, in Positionen kommen, in denen sie ihr erlerntes Wissen anwenden können.

Zur Kapazitätenentwicklung im Militär führte das BICC mit hochrangigen Offizieren mehrere Workshops in



Juba, Nairobi und Johannesburg durch. Die aus den Workshops hervorgegangenen konzeptionellen Überlegungen flossen in strukturbildende Maßnahmen in Armee und Polizei ein. Bis Ende des Jahres sollen zudem Trainings zur Kleinwaffen- und Munitionskontrolle in vier ausgewählten Provinzhauptstädten des Südsudan stattfinden.

Die Verwaltung von Waffen und Munition zu verbessern ist ein langer, schwieriger und aufwändiger Prozess – insbesondere in einem Land mit einem niedrigen Ausbildungsniveau und nur wenig Erfahrungen in Bezug auf die vielfältigen organisatorischen Anforderungen an ein modernes stehendes Heer. Der Südsudan benötigt eine nachhaltige Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft, um sichere Waffendepots zu errichten, Fachleute auszubilden und ihnen mit Rat und Tat bei der Erstellung detaillierter Regelwerke zur Kleinwaffenkontrolle beiseite zu stehen.

Projekttitle:	Unterstützung und Kapazitätenbildung für den Umgang mit Kleinwaffen- und Munitionslagern und -überschüssen im Südsudan
Dauer:	seit Mai 2011
Gefördert durch:	Auswärtiges Amt
Projektpartner:	Regierung der Republik Südsudan
Projektteam:	Conrad Schetter, Luuk van de Vondervoort
Publikation:	Starter Guide towards strong Arms and Ammunition Management Practices
Projektkategorie:	Wissenschaftliche Politikberatung

Neue Ansätze zur Kleinwaffenkontrolle im Sudan

Das BICC unterstützt die sudanesische Demobilisierungskommission (SDDRC) dabei, Kleinwaffen-Kontrollmaßnahmen sowohl auf nationaler Ebene als auch auf Gemeindeebene in unterschiedlichen Landesteilen des Sudan zu planen und zu koordinieren. Das vom Auswärtigen Amt geförderte Ausbildungs- und Beratungsvorhaben soll auch erste Ansätze zur Zusammenarbeit mit Nachbarstaaten intensivieren.

Viele Regionen im Sudan, vor allem Darfur, sind auch heute nicht sicher. Der langwierige bewaffnete Konflikt lastet noch immer schwer auf den Gemeinden und ihrem Alltag. Da kleine und leichte Waffen mühelos zu beschaffen und weit verbreitet sind, ist die Zahl der Todesopfer in Konflikten zwischen den Bevölkerungsgruppen, die sonst auf traditionelle Weise gelöst würden, stark gestiegen. Der zunehmende Wettstreit um schwindende Naturressourcen, das Unvermögen des Staates, seine Bürger zu schützen sowie die Kämpfe zwischen Regierungstruppen und bewaffneten Gruppen haben tiefgreifende Folgen für das Leben der einfachen Leute.

Aufgefordert von der Bevölkerung rief der *Wali* (Gouverneur) von Süd-Darfur 2011 ein Programm zur Registrierung von Waffen ins Leben, um die Sicherheit in dem Bundesstaat zu erhöhen. Diese gemeindebasierte Initiative, bei der 10 000 Waffen registriert wurden, avancierte zu einem erfolgversprechenden Ansatz in der gesamten Region.

Heute registriert und markiert die SDDRC, technisch begleitet durch Experten des BICC, erstmals auch Waffen in West-Darfur. Dies geschieht mit ausdrücklicher Billigung und Unterstützung der traditionellen Führer der Gemeinden. Ein öffentlicher Workshop im Januar 2013, den die SDDRC mit dem *Wali* von West-Darfur sowie mehreren *Scheichs* und *Shatirs* durchführte, diente der gemeinsamen Ausgestaltung und Durchführung dieses Programms.

In weiten Teilen der Region sind staatliche Institutionen nicht in der Lage, die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten. Daher geht es in der aktuellen Phase des Verfahrens nur darum, Waffen in zivilem Eigentum zu registrieren und zu markieren, nicht darum, sie einzusammeln. Teile der Zivilbevölkerung trauen den staatlichen Autoritäten nicht, die ja selbst Konfliktpartei waren. Daher sind viele Menschen nicht bereit, auf den Selbstschutz durch Kleinwaffen zu verzichten.

Um die Sicherheitslage zu verbessern, registrieren und markieren Komitees Waffen in privatem Eigentum. Neben der technischen Unterstützung der Komitees hilft das BICC ihnen mit Weiterbildungsmaßnahmen, Studienreisen und Planspielen. Äußerst wichtig ist, dass



das BICC, im Rahmen seiner Zusammenarbeit mit der SDDRC, den Fortgang des Verfahrens vor Ort begleiten, beeinflussen und Probleme angehen kann, wenn sie entstehen.

Um wirklich erfolgreich zu sein, muss der Prozess der Registrierung und Markierung von Waffen mit gemeindeorientierten Entwicklungsprojekten verbunden werden, die die strukturellen Konfliktsachen angehen. Daher arbeitet das BICC eng mit internationalen Akteuren zusammen, deren Pilotprojekte nicht nur der Kleinwaffenkontrolle, sondern auch der lokalen Wasserversorgung oder dem Aufbau von Gesundheitszentren oder Polizeistationen gewidmet sind.

Das Projekt ist überdies in einem größeren Rahmen zu sehen. So könnte es Modellcharakter für eine zukünftige grenzüberschreitende Rüstungskontrolle bieten. Solche Ansätze existieren bereits auch in der „Erklärung von Khartoum“, auf die sich Sudan, Tschad, Libyen, die Zentralafrikanische Republik und die Demokratische Republik Kongo 2012 zur Intensivierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf regionaler Ebene einigten.

Projekttitlel:	Unterstützung und Beratung zur Kleinwaffenkontrolle im Sudan
Laufzeit:	seit Oktober 2012
Gefördert durch:	Auswärtiges Amt
Projektpartner:	Sudan DDR Commission (SDDRC), Ministry of Interior, Government of West Darfur
Projektteam:	Wolf-Christian Paes, Nikhil Acharya, Ada Hakobyan
Projektkategorie:	Wissenschaftliche Politikberatung

Wo liegen die Chemiewaffen?

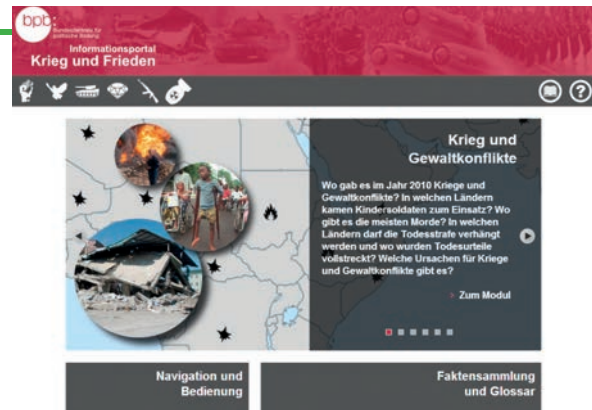
Das Online-Portal sicherheitspolitik.bpb.de bietet mittels interaktiver Karten, Tabellen, Grafiken und Texten fundierte Informationen zum Themenkomplex Krieg und Frieden. Das BICC entwickelte diese Webseite für die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Um „Massenvernichtungswaffen“ geht es im sechsten thematischen Modul.

Wurden im August 2013 Chemiewaffen in Syrien eingesetzt? Die Weltgemeinschaft reagierte entsetzt auf die möglichen Angriffe. UN-Waffenexperten reisten im September nach Syrien, um zu untersuchen, ob tatsächlich Giftgas in der Nähe von Damaskus angewandt wurde; das Ergebnis ihres Berichtes wird Ende Oktober erwartet.

Wer sich unabhängig von der Tagespresse über chemische und andere Massenvernichtungswaffen informieren möchte, wird im „Informationsportal Krieg und Frieden“ von BICC und bpb fündig. Dort dreht sich ein eigenes thematisches Modul um Massenvernichtungswaffen, das eine Übersicht zu Trägersystemen, Atomwaffen, der Produktion nuklearen Materials und eben auch zu biologischen und Chemiewaffen liefert.

Die Informationen sind primär als interaktive Karten aufbereitet. Wer z. B. wissen möchte, welche Staaten chemische Kampfstoffe besitzen, wählt den entsprechenden Layer im Navigationsbaum rechts neben dem Kartenfenster aus und bekommt daraufhin eine Weltkarte angezeigt, in der sichtbar wird, welche Staaten sie haben, wo ein Besitz möglich oder unwahrscheinlich ist, welche „sauber“ und bei welchen keine Daten vorhanden sind. Möglich ist auch eine Kombination mit Layern aus anderen Themenmodulen, etwa dem zu „Militärischen Kapazitäten und Mitteln“. Per Mouse-click entsteht dann etwa eine Weltkarte, die den Besitz chemischer Kampfstoffe lokalisiert und zugleich Auskunft über den Militarisierungsgrad von Staaten gibt (s. Abbildung rechts).

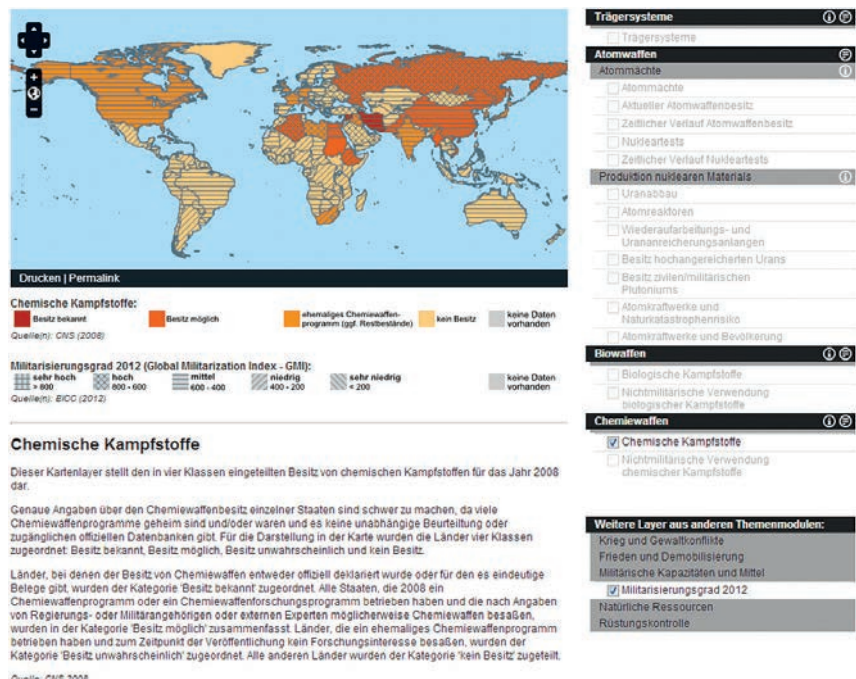
Interessant ist auch der Kartenlayer „Nicht-militärische Verwendung chemischer Kampfstoffe“, der für den Zeitraum 1970 bis 2011 in fünf Häufigkeitsklassen die Anzahl nicht-militärischer Ereignisse dokumentiert, in denen chemische Kampfstoffe eingesetzt wurden. Er stützt sich auf die Globale Terrorismusdatenbank (Global Terrorism Database – GTD), die

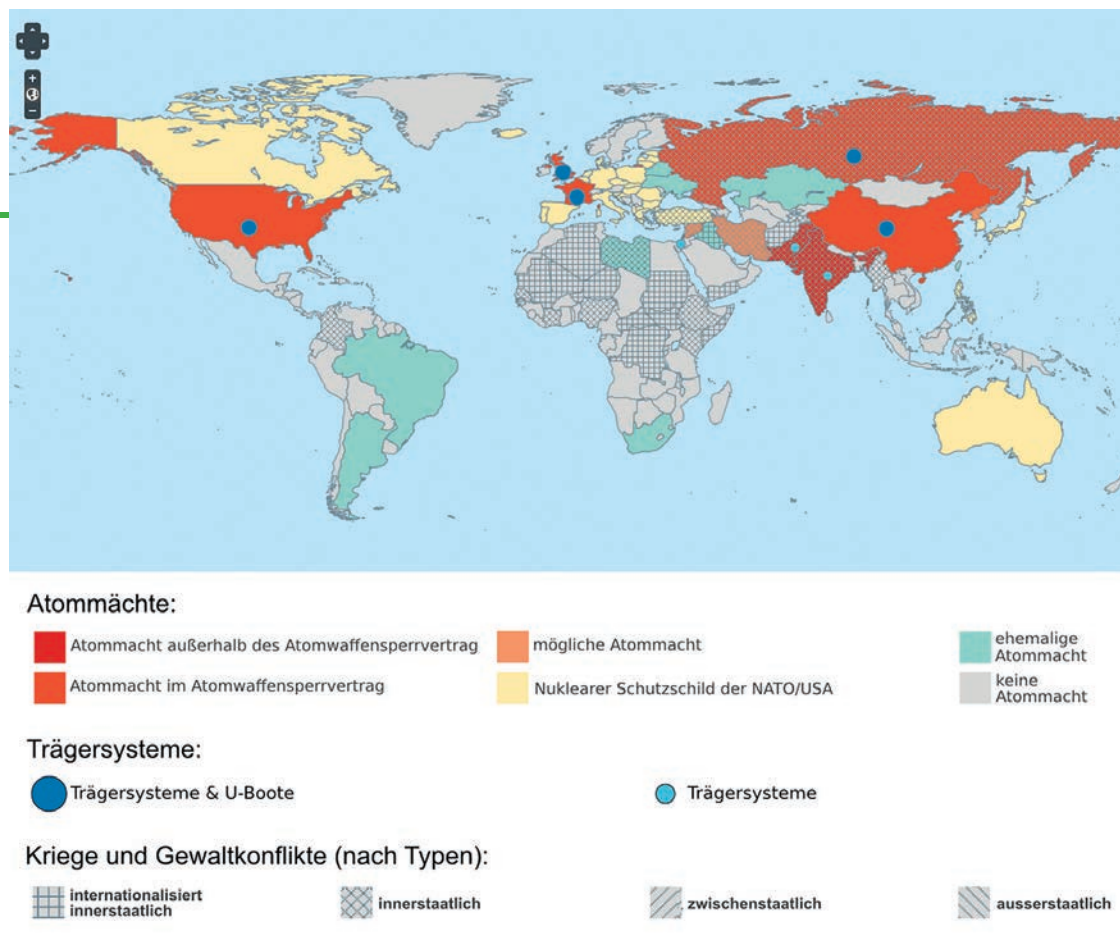


eine Übersicht über Terrorismusvorfälle enthält, denen eine beabsichtigte Gewalttat durch einen zivilen Akteur zugrunde liegt.

Eine Faktensammlung, bestehend aus zahlreichen Artikeln, und ein Glossar ergänzen das umfangreiche, interaktive Kartenwerk. Ein Hintergrundartikel erläutert z. B. wie Chemiewaffen funktionieren, wann und wie sie militärisch eingesetzt wurden, was die häufigsten „Giftgase“ sind und warum sie – auch beim Militär – eine sehr umstrittene Waffengattung sind. Er wird durch Infotexte zum Thema „Chemische Kampfstoffe – Eine Typologie“, „Chemische Kampfstoffe im Einsatz“ und „C-Waffenverbot, Nichtverbreitung und C-Waffen-Abrüstung“ ergänzt.

Das BICC forscht zu den Dynamiken organisierter Gewalt und ihrer Mittel. Diese Herangehensweise fließt auch in die Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung ein. Für das gemeinsame





Online-Portal trägt das BICC Daten aus verschiedenen belastbaren Quellen zusammen und arbeitet sie einerseits als interaktive Karten und Grafiken auf. Andererseits stellt es diese Informationen auch als allgemein verständliche Artikel, die einzelne Sachverhalte eingehender diskutieren, zur Verfügung. So werden Daten und Fakten zu den Dynamiken organisier-

ter Gewalt und ihrer Mittel die Grundlage zu einem einzigartigen Instrument der politischen Bildung. Politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger, Lernende und Studierende bekommen die Möglichkeit aktuelle, wissenschaftlich abgesicherte Informationen in ansprechender und leicht zugänglicher Form abzurufen, Zusammenhänge eigenständig zu erkennen und zu untersuchen.

Das BICC hat die Webseite <http://sicherheitspolitik.bpb.de> für die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) entwickelt und seit 2010 bereits sechs thematische Module produziert. Sie umfassen

- *Krieg und Gewaltkonflikte,*
- *Frieden und Demobilisierung,*
- *Militärische Kapazitäten und Mittel,*
- *Rohstoffe und Konflikte,*
- *Konventionelle Waffen und*
- *Massenvernichtungswaffen.*

Als nächstes Modul wird *Rüstungskontrolle* online gehen.

Alle Informationen können modulübergreifend verknüpft und in einem Kartenfenster überlagert werden. Jedes Modul verfügt über eine Faktensammlung (Hintergrund- und Infotexte), ein Quellenverzeichnis und ein Glossar.

Wer nur „nackte Zahlen“ zu einzelnen Staaten haben will, findet sie in Länderporträts, die die Informationen aller Module für ein ausgewähltes Land in tabellarischer Form druckbar zusammenführen

Projekttitle:	Zahlen und Fakten zu Krieg und Frieden – Interaktives Online-Portal
Laufzeit:	seit Juli 2010
Gefördert durch:	Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)
Projektteam:	Lars Wirkus, Jan Hartmann, Susanne Heinke, Alexander Strunck, Marianne Wargenau
Webseite:	sicherheitspolitik.bpb.de
Projektkategorie:	Kapazitätenentwicklung

Eine Kaserne wird zivil – *Best practice* aus Bonn

Die Landschaft der militärischen Standorte in Deutschland ist dabei, sich im Zuge der Sparmaßnahmen der Bundeswehr nachhaltig zu ändern. Dies betrifft auch Nordrhein-Westfalen, wo Städte und Kommunen vor zum Teil massiven strukturellen Veränderungsprozessen stehen. Die Ermeikeilkaserne in Bonn wurde bis Mitte 2013 vom Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr genutzt. Die Nachnutzungspläne der Stadt Bonn haben das Potenzial für ein *Best Practice*-Beispiel in Sachen Liegenschaftskonversion. Im Interview gibt Bonns Oberbürgermeister Jürgen Nimptsch Auskunft.

Im Frühjahr 2012 hat die Stadt Bonn über einen Bebauungsplan für die ehemalige Ermeikeilkaserne entschieden. Wie war die Vorgeschichte zu diesem Beschluss?

Oberbürgermeister Nimptsch: Vor dem Beschluss, den Bebauungsplan aufzustellen, haben wir bereits Gespräche mit dem Verteidigungsministerium über die Nutzungsdauer der Kaserne für das dort angesiedelte Bundesamt geführt. Nachdem ein Zeithorizont für den Umzug des Bundesamtes – es ist im Juni dieses Jahres offiziell ausgezogen – bekannt war, hat die Verwaltung frühzeitig den Vorschlag zur Aufstellung des Bebauungsplanes den politischen Gremien unterbreitet, der dann intensiv beraten und verabschiedet wurde.



Die Ermeikeilkaserne umfasst eine Gesamtfläche von insgesamt 24.000 qm inmitten der Bonner Südstadt, umgeben von Wohnhäusern, Geschäften, Cafés und Gaststätten im Gründerzeitbaustil. Was sieht das jetzige Planungsverfahren vor? Welche Herausforderungen liegen vor Ihnen?

Oberbürgermeister Nimptsch: Für die Nutzung des Areals haben verschiedene Seiten und insbesondere engagierte Bürgerinnen und Bürger schon viele gute und interessante Vorschläge gemacht. Als Schwerpunkt für das Areal kristallisiert sich das Thema Wohnen heraus. Darüber hinaus wird vorgeschlagen, das Wohnen durch verschiedene Angebote zu ergänzen – wie durch ein Begegnungszentrum oder besondere innovative Wohnformen. Aber auch Arbeiten und Freizeitspielen eine Rolle.



In den verschiedenen Planungsschritten wird dies geprüft und in den vorgesehenen Beteiligungsschritten den Bürgerinnen und Bürgern die Planung dann vorgestellt. Im Zuge des Planungsprozesses wird dann herausgearbeitet und abgewogen, was sich schlussendlich alles auf dem Gelände umsetzen lässt. Dies ist auch die Herausforderung: alle Belange zusammenzufassen und eine Planung oder entsprechende Alternativen zu entwickeln.

Die Stadt Bonn engagiert sich für die Konversion einer ehemals militärischen Liegenschaft in eine nachhaltige, bürgernahe Nutzung. Welche Vision verbinden Sie damit?

Oberbürgermeister Nimptsch: Wir möchten das Gelände der Ermeikeilkaserne in ein lebendiges Wohnquartier umwandeln. Daher stehen wir mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben als Eigentümerin im Gespräch, das Areal zu übernehmen. Hier besteht für die Stadt Bonn die große Chance, mit den Bürgerinnen und Bürgern ein Stück lebenswertes Bonn zu entwickeln. Und wer weiß, vielleicht wird ja eines Tages dort sogar eine Organisation als ein Mieter einziehen, die sich selbst mit Fragen der Rüstungskonversion beschäftigt.

Projekttitlel:	Fortlaufende Beratung zu Fragen der Liegenschaftskonversion
Laufzeit:	seit März 2010
Gefördert durch:	Land NRW
Projektpartner:	NRW.URBAN
Projektteam:	Lars Wirkus, Susanne Heinke
Projektkategorie:	Wissenschaftliche Politikberatung

Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik im Transformationsland Myanmar

Mit der politischen Öffnung Myanmars erlebt die ehemalige Militärdiktatur einen gewaltigen Umbruch. Im Rahmen des ifa-Forschungsprogramms „Kultur und Außenpolitik“ untersucht eine Gastwissenschaftlerin am BICC, wie die deutsche Kulturpolitik ausgestaltet sein muss, um konflikt sensitiv vorzugehen.

Ein außenkulturpolitischer Austausch zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Myanmar war infolge der Militärdiktatur jahrzehntlang kaum vorhanden. Seit 2010 verändern sich die politischen Rahmenbedingungen in Myanmar und damit auch die bilateralen Beziehungen kontinuierlich: Im Zuge des Öffnungsprozesses Myanmars und der politischen Reformen unterzeichneten beide Länder im Juli 2013 ein Kulturabkommen.

Vor diesem Hintergrund führen das ifa (Institut für Auslandsbeziehungen) und das BICC ein gemeinsames Forschungsprojekt zu „Auswärtiger Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) in Staaten im Umbruch“ durch. Anhand des Fallbeispiels Myanmar wird untersucht, welche Rolle AKBP in politischen Transitions- und Umbruchphasen spielen kann. Hierbei betrachtet das Projekt vor allem, welche Konfliktkonstellationen existieren und wie die deutsche Kulturpolitik aufgestellt sein sollte.

Auch wenn in Myanmar ein Demokratisierungsprozess eingesetzt hat, in dessen Rahmen die große Mehrzahl politischer Gefangener entlassen, die Kontrolle der Medien gelockert und Oppositionsparteien und Gewerkschaften zugelassen wurden, sind die gesellschaftlichen Strukturen nach wie vor durch die langjährige Militärherrschaft geprägt. Ein Friedensprozess hat 2011 zwar begonnen, aber die nationale Aussöhnung ist für die Konfliktparteien ein langwieriger Prozess, der auch die AKBP vor schwierige Herausforderungen stellt.

Das AKBP-Projekt untersucht neben den Bereichen Kunst und Kultur insbesondere die Medien und das Bildungswesen: Welche Veränderungen haben sich in diesen Sektoren seit 2010 ergeben, bei welchen Themen besteht Interesse am Austausch mit deutschen Akteuren und welche Angebote können deutsche Mittlerorganisationen in Myanmar machen?

Vor allem im Mediensektor fanden in den letzten zwei Jahren durch den Wegfall der Zensur und die Zulassung von Tageszeitungen einschneidende Veränderungen statt. Allerdings existiert ein großer Bedarf an qualifizierten Journalisten – was wiederum Fragen zum Bildungsbereich aufwirft. Bestimmte Fachrichtungen konnten in den vergangenen Jahrzehnten nicht studiert werden und fehlen bis heute. Das Bildungssystem



Myanmars ist zentralistisch aufgebaut, was beispielsweise die Vergabe von Stipendien durch den DAAD oder Universitätskooperationen im Hochschulbereich erschwert.

Das Projekt hat zum Ziel, konkrete Empfehlungen für einen konflikt sensitiven Umgang in Myanmar unter Berücksichtigung der deutschen Mittel Landschaft zu entwickeln. Darüber hinaus soll das Beispiel Myanmar dazu dienen, Kriterien für die deutsche AKBP in Umbruch- bzw. Postkonfliktsituationen im Allgemeinen zu definieren. An dieser Stelle fließt die am BICC vorhandene Expertise zu Postkonfliktgesellschaften in das Projekt ein.

Das Vorhaben umfasst sowohl eine mehrwöchige Feldforschung in Myanmar als auch einen internationalen Workshop im November 2013 in Bonn. Die Ergebnisse beider Vorhaben werden vom ifa veröffentlicht werden.

Für das BICC ist das Forschungsprojekt „AKBP in Staaten im Umbruch“ bereits die zweite wissenschaftliche Kooperation mit dem ifa.

Projekt titel:	Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik in Staaten im Umbruch. Das Beispiel Myanmar
Laufzeit:	bis Dezember 2013
Projekt partner:	ifa (Institut für Auslandsbeziehungen)
Projekt team:	Susanne Heinke, Anna Kaitinnis, Conrad Schetter
Projekt kategorie:	Forschung

Militär und Wirtschaft nach dem „Arabischen Frühling“

Haben wirtschaftliche Faktoren das Verhalten des Militärs während und nach dem Arabischen Frühling beeinflusst? Dieser Frage geht seit Juni 2012 eine Pilotstudie in Ägypten, Sudan, Syrien und Jordanien nach, die das BICC gemeinsam mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus diesen Ländern durchführt. Finanziert wird die Forschung durch das Programm „Civil Societies in the Arab World“ der Volkswagen-Stiftung.

In autoritären politischen Systemen der arabischen Welt spielen militärische Eliten in Wirtschaft und sozio-ökonomischer Entwicklung eine wichtige Rolle. Die Protestbewegungen während des „Arabischen Frühlings“ 2011/2012 forderten diese lang etablierten Regime nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich heraus. Das Projekt geht von der Annahme aus, dass wirtschaftliche Interessen das unterschiedliche Verhalten mächtiger staatlicher Akteure, wie z. B. der Streitkräfte, besonders beeinflussen. Eine weitere Hypothese lautet, dass auch bewaffnete nicht-staatliche Gruppen wesentlich vom Zugang zu wirtschaftlichen Ressourcen abhängen.

Im Mittelpunkt steht die Rolle des Militärs in Wirtschaft und Entwicklung von Staaten zwischen 1980 und 2014. Ein interdisziplinäres, internationales Team forscht dazu in Ägypten, Sudan, Syrien und Jordanien als Ländern, in denen staatliche Akteure eine starke wirtschaftliche Rolle spielen, sich aber gegenüber Protestbewegungen unterschiedlich verhalten. Es befasst sich auch mit Veränderungen in Institutionen, die die wirtschaftliche Macht staatlicher Akteure sicherstellen. Dabei verfolgen die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler einen polit-ökonomischen Ansatz, der mit Gesellschaftstheorie (Norbert Elias, Pierre Bourdieu, Anthony Giddens) kombiniert ist.

Ein Ziel der Arbeiten ist es, die Faktoren zu erkennen, die den „Arabischen Frühling“ und die Zeit danach geprägt haben. Konkret verfolgt die Pilotstudie die Frage, wie sich das Militär während des Arabischen Frühlings in den Untersuchungsländern verhalten hat. Hier lautet die Hypothese, dass sich die unterschiedlichen Reaktionen des Militärs auf Massenprotestbewegungen aus dessen Stellung in der politischen und wirtschaftlichen Ordnung erklären lassen.

Zudem betrachtet das Projekt, wie sich institutionelle Veränderungen infolge des „Arabischen Frühlings“ auf wirtschaftliche Interessen des Militärs und auf dessen Aktivitäten und Verhalten auswirken bzw. wie die Streitkräfte ihr Handeln legitimieren.



Das erste Forschungsjahr brachte folgende Erkenntnisse:

- Die Zeit der Privatisierung öffentlicher Unternehmen und die Liberalisierung der Wirtschaft in den 1980er und 1990er Jahren schaffte die Grundlage für die heutige Ausrichtung mächtiger wirtschaftlicher Akteure.
- Regierungen nutzten die wirtschaftliche Liberalisierung der 1980er und 1990er Jahre um die militärische Elite durch den Zugang zur Geschäftswelt von politischer Einmischung abzuhalten.
- Die Streitkräfte betreiben eigene Firmen sowohl im zivilen als auch militärischen Sektor. Ihren wirtschaftlichen Einfluss vergrößern zudem Privatunternehmen, die auf verschiedene Weise mit den Streitkräften verflochten sind.
- Konkurrierende wirtschaftliche Interessen werden in Netzwerkverbindungen ausgehandelt, die die Regime mit den entscheidenden wirtschaftlichen Akteuren, darunter das Militär, verbinden.
- Bei den Protestbewegungen des „Arabischen Frühlings“ geht es unter anderem darum, neuen, bisher ausgeschlossenen Gruppen den Zugang zu wirtschaftlichen Aktivitäten zu öffnen.

Das Projekt, das von der Volkswagen Stiftung gefördert wird, zielt auf den vertieften Austausch zwischen europäischen und arabischen Forschungsperspektiven ab und bezieht dabei besonders Nachwuchswissenschaftler ein.

Projekttitel:	Wirtschaftsinteressen und -akteure in arabischen Ländern und ihre Rolle während und nach dem Arabischen Frühling
Dauer:	seit Juni 2012
Gefördert durch:	Volkswagen Stiftung
Projektteam:	Elke Grawert (BICC), Ahmed Khalifa (BICC); Atta El-Battahani, Universität Khartum (Sudan); Salam Said, Berlin (Deutschland); Zeinab Abul-Magd, American University Kairo (Ägypten); Walid Abu-Dalbouh, University of Jordan (Jordanien)
Projektkategorie:	Forschung

Große Sonnenkraftwerke in Nordafrika – Chancen oder Risiken?

In Nordafrika versprechen solarthermische Kraftwerke den wachsenden Energiebedarf decken zu können. Doch dies hat seinen Preis, etwa in Form der Umverteilung von Ressourcen wie Land und Wasser. Mögliches Konfliktpotenzial sowie andere soziale und sozialökonomische Folgen in Marokko und Ägypten untersucht das BICC im Rahmen eines gemeinschaftlichen Forschungsprojekts, das vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) finanziert wird.

Der rapide Bevölkerungsanstieg wird in den kommenden Jahren in Nordafrika eine wachsende Nachfrage nach Energie, Wasser und Nahrung verursachen. Solarthermische Kraftwerke (CSP = *Concentrated Solar Power*) könnten eine Schlüsselrolle in zukünftigen Energieszenarien spielen, da das auf Wärmespeicherung (z. B. in Flüssigsalztanks) beruhende Prinzip eine preiswerte Möglichkeit bietet, Spitzen beim Energiebedarf zu bedienen.

Für ihren Erfolg in der MENA-Region (Middle East and North Africa) ist es unabdingbar, die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen solcher Großinfrastrukturprojekte auf die lokale Bevölkerung zu berücksichtigen. Denn Solarkraftwerke sorgen zwar für „sauberen“ Strom und schaffen Jobs. Gleichzeitig bringen sie aber eine Vielzahl von anderen Wandlungs- und Umverteilungsprozessen mit sich: so benötigen Solarkraftwerke etwa viel Land und Wasser.

Um Konfliktpotenziale und ihre mögliche Eskalation frühzeitig erkennen und konfliktpräventiv wirken zu können, beteiligt sich das BICC an einem Forschungsprojekt zu den sozialen und sozioökonomischen Folgen solarthermischer Kraftwerke in Marokko und Ägypten. Kooperationspartner sind das Wuppertal Institut, Germanwatch sowie Partnerinstitute in den untersuchten Ländern. Das BICC verfügt über Expertise zur Konflikthaftigkeit natürlicher Ressourcen. Auch Solarthermie ist eng mit gesellschaftlichen Konstellationen verwoben und in Strukturen organisierter Gewalt eingebettet. Die Studie soll dieses Beziehungsgeflecht besser verstehen helfen. Dazu wird dabei ein breitgefächertes, explorativer Ansatz angewandt.

Die bisherige Projektarbeit konzentrierte sich überwiegend auf die konzeptionelle Ausarbeitung des Forschungsrahmenwerkes. Sie beruhte auf einer Analyse des Konzepts der „sozialen Nachhaltigkeit“ sowie der Identifizierung von Schlüsselthemen nachhaltiger Lebensunterhalte, einer Untersuchung bestehender Nachhaltigkeitsrahmenwerke, unter anderem aus den Bereichen Forstwirtschaft und Bergbau sowie einer kritischen Überprüfung der methodischen Ansätze, die diesen Nachhaltigkeitsrahmenwerken



zugrunde liegen. Hierauf aufbauend wurde ein Pool an Kriterien entwickelt, die als Richtlinie für die Feldforschung im kommenden Jahr verwendet werden.

Zudem wurden lokale, sozioökonomische Auswirkungen schon bestehender solarthermischer Kraftwerke in anderen Regionen systematisch erfasst und einige Großprojekte zur Energieerzeugung in Ägypten, Marokko und Spanien, bei denen Konflikte offen zu Tage traten, betrachtet. Die lokalen Projektpartner in Marokko und Ägypten trugen sozioökonomische Daten zu den beiden Projektregionen und fassten die rechtlichen Rahmenbedingungen zur Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure in diesen Ländern zusammen. Schließlich wurden die geplanten solarthermischen Kraftwerke anhand eines Input-Output-Rahmenwerkes analysiert, um in der zweiten Projekthälfte deren Auswirkungen auf die lokale Bevölkerung bestimmen zu können.

All diese Erkenntnisse werden in das Methodendesign einfließen, das in der zweiten Jahreshälfte 2013 stattfindet. 2014 findet dann die Phase der Feldforschung statt.

Projekttitle:	Entwicklung sozialer Notwendigkeiten für zukünftige Solarkraftwerke in der MENA-Region: Eine Analyse und Beurteilung der sozialen Dimension zweier Solarkraftwerke in Ouarzazate, Marokko, und Kom Ombo, Ägypten („SocialCSP“)
Dauer:	seit März 2013
Gefördert durch:	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Projektpartner:	Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie; Germanwatch
Projektleiter:	Christof Kögler
Projektkategorie:	Forschung

Geoinformationssysteme für die Analyse von Ressourcenkonflikten

Der Abbau mineralischer Rohstoffe wie Gold, Diamanten und Öl, aber auch die großflächige Landnahme in Staaten schwacher Staatlichkeit oder in Postkonfliktländern steht oft in Zusammenhang mit gewaltsam ausgetragenen Konflikten. Im Rahmen eines EU-geförderten Forschungsvorhabens geht das BICC gemeinsam mit Partnern aus Deutschland und Österreich der Frage nach, welchen Beitrag räumlich-geographische Analysen auf der Grundlage fernerkundlich gewonnener Daten zur Konfliktanalyse sowie zur Konfliktprävention leisten können.

Das Forschungsvorhaben entwickelt für drei potenzielle Konfliktszenarien in Afrika Geoinformationssysteme. Als konfliktimmanente Situationen wurden die Erkundung und Förderung von Ölvorkommen im Südsudan und im Tschad, die Kontrolle über ertragreiche Gold- oder Diamantenminen in der DR Kongo sowie das aktuelle Phänomen von großflächigen Landveräußerungen an internationale Investoren im Südsudan ausgewählt.

Auf Satellitenbildern sind Landnutzung, Ölinfrastrukturen sowie Gold- und Diamantminen ebenso erkennbar wie die mit dem Abbau und der Nutzung der Rohstoffe verbundenen räumlichen Auswirkungen wie Infrastruktur und Siedlungen. Diese Raummuster können halbautomatisch detektiert und ausgewertet werden. Die Entwicklung der Geoinformationssysteme erfolgt dabei auf der Basis mittlerer bis hoch aufgelöster (Landsat und Spot) und sehr hoch aufgelöster (Quick Bird und GeoEye) Satellitenbilder. Über seine lokalen Netzwerke in den betreffenden Ländern steuert das BICC in-situ Daten bei, um die fernerkundlich gewonnenen Daten zum einen zu validieren und zum anderen mit weiteren kontextspezifischen Informationen (z. B. zu lokalen und regionalen Konflikten) anzureichern.

Als erste Ergebnisse stehen für alle drei Szenarien Zeitreihenanalysen und Kartendienste zur Verfügung, mittels derer zunächst die Landnutzungsänderungen erkannt und in thematischen Karten dokumentiert wurden. Auf Grundlage der Satellitenbilddatenauswertung und durch Veränderungsanalysen zwischen Satellitenbildern unterschiedlicher Zeitpunkte konnte beispielsweise für das Öl-Szenario im Südsudan die räumliche und zeitliche Genese der Ölfelder im Norden des Landes nachvollzogen, die Anzahl der Ölbrunnen ermittelt und die Effekte auf Infrastruktur, Siedlungsanordnungen und Landnutzung in Form von Zeitreihen visualisiert werden.

In dem Szenario zur Kontrolle über ertragreiche Gold- oder Diamantminen konnte der Geoinformationssystemdienst auf Grundlage der ausgewählten Minenstand-



orte soweit entwickelt und kalibriert werden, dass ein halbautomatisches Detektieren von bislang fernerkundlich nicht erkannten Minenstandorten möglich ist. Damit steht ein Instrument zur Verfügung, das es Forschern ermöglicht, Informationen über Minen (Anzahl, Lage und Größe) in Regionen zu sammeln, die durch ein hohes Maß an Unsicherheit und/oder Gewaltaustrag gekennzeichnet sind. In Kombination mit Informationen über den Ertrag und die Kontrolle der Minen lässt sich so ein detailliertes Bild über ihre Rolle im Konfliktverlauf oder aber das Konfliktpotenzial einzelner Minen bzw. ganzer Landstriche zeichnen.

Die Forschungsarbeiten des BICC und seiner Projektpartner DLR (Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt) sowie Z_GIS (Interfakultärer Fachbereich Geoinformatik der Universität Salzburg) sind Bestandteil des im 7. Forschungsrahmenprogramm der EU geförderten zweijährigen Forschungs- und Entwicklungsprojektes „G-Sextant“. Im Rahmen der EU Copernicus Initiative zielt dieses Forschungs- und Entwicklungsprojekt darauf ab, für eine Vielzahl an Konfliktszenarien verschiedene Fernerkundungsprodukte und -dienste für den Auswärtigen Dienst der EU (EEA) zu entwickeln.

Projekttitle:	G-SEXTANT – Erdbeobachtungsbasierte Informationssysteme zur Unterstützung des Auswärtigen Dienstes der EU
Dauer:	seit Januar 2013
Gefördert durch:	Europäische Union
Projektpartner:	Deutsches Zentrum für Luft und Raumfahrt EV (Deutschland), Z_GIS/Paris – Lodron – Universität Salzburg (Österreich), sowie weitere elf Konsortialpartner aus sieben europäischen Ländern
Projektteam:	Lars Wirkus, Lena Guesnet, Marie Müller, Ruth Vollmer, Marianne Wargenau
Webseite:	externalaction.security-copernicus.eu/
Projektkategorie:	Forschung

Ethische Fragen der Fernerkundung: das Beispiel Kleinbergbau in Afghanistan

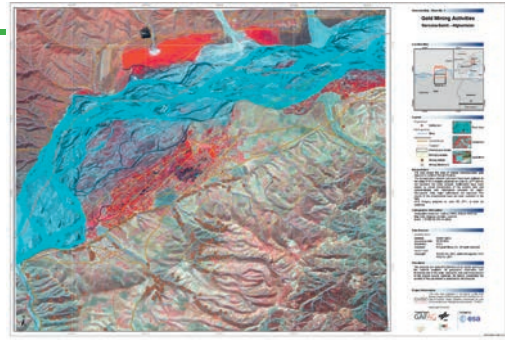
Häufig werden mit dem Kleinbergbau Chaos und Konflikte assoziiert – gleichzeitig bietet er Millionen von Menschen weltweit eine Lebensgrundlage. Kann Fernerkundung in diesem Bereich zu Entwicklung und Konfliktprävention beitragen? Dieser Frage ging das BICC in den letzten beiden Jahren als Konsortialpartner des von der Europäischen Weltraum Agentur (ESA) geförderten SYMIN-Projektes am Beispiel des Abbaus unterschiedlicher mineralischer Rohstoffe in Afghanistan nach.

Schätzungsweise 25 bis 30 Millionen Menschen in über 80 Ländern arbeiten als Bergleute im Kleinbergbau. Der Abbau mineralischer Rohstoffe verläuft jedoch nicht immer konfliktfrei. Oft führt er zu Schäden, die ernsthafte Beeinträchtigungen für die Gesundheit und Sicherheit sowohl der Bergleute als auch der Bevölkerung der umliegenden Gemeinden mit sich bringen. Zudem spielt Bergbau in vielen Gewaltkonflikten eine wichtige Rolle: Häufig dienen illegal abgebaute und geschmuggelte Rohstoffe wie Gold oder Diamanten zur Finanzierung militärischer Aktivitäten bewaffneter Gruppen.

Auch in Afghanistan, das seit über 30 Jahren von Bürgerkriegen gezeichnet ist, spielen Bodenschätze, von denen viele vornehmlich im Kleinbergbau gefördert werden, in der Gewaltaustragung eine wichtige Rolle. Das SYMIN-Projekt untersuchte, inwieweit satellitenbasierte Fernerkundung ein effizientes Werkzeug zur Kartierung und Kontrolle des Kleinbergbausektors sein kann. Die ausgewählten fünf Fallstudiengebiete in Afghanistan verfügen über eine unterschiedliche Rohstoffausstattung von Kohle, Gold, Edelsteinen sowie Steinbrüchen und Tongruben.

Technische Grundlage der Untersuchung bildeten sehr hoch auflösende optische Satellitenbilder, optische Stereodaten und Radarbilder, die das Projekt zusammen mit weiteren Geodaten, Fachinformationen, beispielsweise aus dem Bergbaukataster, und, wenn möglich, Vorort-Daten auswertete. So entstanden für die verschiedenen Fallstudien thematische Karten und Dossiers aktueller Bergbauaktivitäten.

In diesem Projekt überprüfte das BICC die entwickelten Fernerkundungsprodukte auf ihre Verwendbarkeit und ihren Nutzen für die Konfliktprävention im Kleinbergbau. Dafür brachte es Experten des Kleinbergbaus, der Konfliktforschung und der Satellitendatenauswertung zusammen. Außerdem untersuchte es den Beitrag der Fernerkundung zu internationalen Governance-Initiativen, welche das Problem der Finanzierung von Konflikten mit Mineralienhandel bzw. -schmuggel adressieren.



Unterschiedliche Analysemethoden ergaben in Kombination mit vorort gesammelten Informationen aus den Satellitenbildern u. a. folgende Ergebnisse, die zu mehr Transparenz und Entwicklung beitragen können:

- die Unterscheidung handwerklicher Bergbaustätten von industriellen;
- die Bestimmung aktiver und nicht mehr genutzter Abbaustätten;
- die Identifizierung grenzüberschreitender potenzieller Transportrouten;
- die Ermittlung der Anzahl informeller Minenstandorte innerhalb bestimmter Gebiete;
- Erkenntnisse über Landnutzungsänderungen und Auswirkungen auf die Umwelt im Umfeld der Minen.

Gleichzeitig machte das Projekt deutlich, wie wichtig ethische Erwägungen bei der Fernerkundung sind, wenn sie einen Beitrag zur Konfliktprävention leisten will. So muss z. B. das Risiko beachtet werden, dass Bergbaukonzerne die in Forschungsprojekten fernerkundlich gewonnenen Daten missbrauchen, indem sie die Stätten informellen Bergbaus identifizieren und sich aneignen, anstatt eigene Prospektion zu betreiben. Zu Konflikten könnten auch Versuche staatlicher Institutionen führen, informelle Bergbautätigkeiten unter ihre Kontrolle zu bringen. Auch hier wird die ethische Verantwortung von Fernerkundungsprojekten deutlich.

Projekttitle:	SYMIN – System for monitoring law enforcement of informal mining
Laufzeit:	bis Juli 2013
Gefördert durch:	ESA – European Space Agency
Projektpartner:	Deutsches Zentrum für Luft und Raumfahrt e.V. – DLR (Deutschland), GAF AG (Deutschland), Institute for Environmental Security – IES (Belgien),
Projektteam:	Lars Wirkus, Lena Guesnet, Marie Müller
Website:	www3.gaf.de/symin/
Projektkategorie:	Wissenschaftliche Politikberatung

Geschäftsbericht

Das BICC (Internationales Konversionszentrum Bonn – Bonn International Center for Conversion) befasst sich als unabhängige, gemeinnützige Organisation mit globalen Themen der Friedens- und Konfliktforschung. Im Zentrum steht dabei kritische, problemorientierte und politikrelevante Konversionsforschung. Die Vision des BICC ist eine friedlichere Welt. Deshalb beschäftigt sich das Institut mit Problemen, die durch organisierte Gewalt entstehen und will Wege finden, diese zu überwinden. Das Institut versteht sich als Einrichtung der Forschung, der wissenschaftlichen Politikberatung, des Wissensmanagements und der Dienstleistung mit nationalem und internationalem Wirkungskreis. Partner, Förderer oder Kunden sind u. a. Bundesministerien, die Europäische Union, Stiftungen sowie verschiedene nicht-staatliche Einrichtungen aus Wissenschaft und Politik.

Das BICC ist seit 1994 als gemeinnützige GmbH verfasst und hat heute zwei Gesellschafter – das Land NRW und das Land Brandenburg. Das Zentrum steht auch für das Engagement des Landes NRW für Bonn als Standort der internationalen Zusammenarbeit und der Entwicklungspolitik.

Internationales Konversionszentrum Bonn - Bonn International Center for Conversion (BICC) GmbH

Pfarrer-Byns-Straße 1, 53121 Bonn
Telefon: +49-(0)228-911 96-0, Fax: +49-(0)228-911 96-22
E-Mail: bicc@bicc.de, Internet: www.bicc.de

Wissenschaftlicher Direktor: Prof. Dr. Conrad Schetter
Kaufmännischer Geschäftsführer: Michael Dedek

Handelsregister: Bonn HRB 6717
Steuernummer: 5202/5783/0483
VAT Umsatzsteueridentifikationsnummer: DE811913398

Gesellschafter des BICC:
Land Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf: 85%
Land Brandenburg, Potsdam: 15%

Die Gesellschafter werden vom Aufsichtsrat beraten, der auch die Geschäftsführung überwacht. Er besteht aus bis zu sieben Mitgliedern, die von der Gesellschafterversammlung bestellt werden, und ist u. a. für die Genehmigung der jährlichen Arbeitsprogramme und Finanzplanungen zuständig.

Die Geschäftsführung des BICC wurde mit Wirkung vom März dieses Jahres neu strukturiert. Der wissen-

Die Aufsichtsratsmitglieder im April 2013

1. Staatssekretär Helmut Dockter, Vorsitzender des Aufsichtsrates, Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
2. Dr. Lale Akgün, Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
3. Prof. Dr. Armin B. Cremers, Prorektor, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
4. Michael Deitmer, Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
5. Hannelore Kaukel, Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg, Potsdam
6. Franz Meiers, Geschäftsführer, NRW.URBAN Service GmbH, Düsseldorf
7. Helmut Rubin, Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

schaftliche Direktor und der kaufmännische Geschäftsführer leiten das BICC gemeinsam. Conrad Schetter bestimmt als wissenschaftlicher Direktor die inhaltlichen Leitlinien des Hauses und hat gleichzeitig eine Professur für Friedens- und Konfliktforschung an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn inne. Der kaufmännische Geschäftsführer Michael Dedek stellt die betriebswirtschaftliche und rechtliche Steuerung aller Bereiche und Projekte sicher. Diese Doppelspitze stärkt sowohl die inhaltlich wissenschaftliche Arbeit als auch die Organisation mit den entsprechenden Verfahren und Leistungen, die auf Akquisition, Effizienz und Wirtschaftlichkeit ausgerichtet ist.

Das BICC und insbesondere die Geschäftsführung werden in allen wissenschaftlichen, politischen und auch akquisitorischen Fragen von einem internationalen Kuratorium beraten. Dieses wird 2014, dem 20. Jahr des Bestehens des BICC, neu konstituiert werden. Das Kuratorium macht Vorschläge zum Arbeitsprogramm, kommentiert die Publikationen des BICC und gibt inhaltliche Anregungen.

Um seine vielfältigen Aufgaben und Dienstleistungen erfüllen zu können, vertraut das BICC auf ein internationales und interdisziplinär geprägtes Kollegium. Zehn Nationen sind vertreten. 34 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren durchschnittlich im Jahr 2012 beschäftigt, davon 16 in Vollzeit sowie 18 in Teilzeit.

Wirtschaftliche Entwicklung

Die Finanzen der GmbH basieren auf zwei Säulen: Das Land Nordrhein-Westfalen (NRW) unterstützt das Konversionszentrum als Hauptgesellschafter mit einer jährlichen Zuwendung und fördert damit die Gesellschaft im Sinne der im Gesellschaftsvertrag festgelegten Zwecke.

Diese institutionelle Förderung beträgt im Jahr 2013 eine Million Euro und ermöglicht im Rahmen des so genannten Drittggeschäfts Forschungsprojekte und Vorhaben der wissenschaftlichen Politikberatung mit Mitteln anderer Geldgeber (Drittmittel) durchzuführen. Das Spektrum der Förderer und Auftraggeber



umfasst z. B. das Auswärtige Amt, das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, die Europäische Union oder forschungsfördernde Stiftungen und Institutionen.

Finanzielle Entwicklung 2008 – 2012 (in Tausend Euro)





Im Jahr 2012 setzte sich der positive Trend der wirtschaftlichen Entwicklung der Jahre 2010 und 2011 fort. Auf der Basis der Ergebnisse der beiden Vorjahre galt es, die positive Entwicklung im Bereich der drittmittel-finanzierten Projekte zu verstetigen und die Kostenkonsolidierung weiter zu verfolgen. Dies ist erneut sehr gut gelungen. Das bearbeitete Drittmittelvolumen stieg bei konstanter Förderung durch das Land NRW im Vergleich zum Vorjahr nochmals um 238.000 Euro (fast 21 Prozent) auf 1,379 Mio. Euro an. Damit konnten beachtliche 57,1 Prozent der gesamten Betriebsleistung durch Drittmittel erwirtschaftet werden.

2012 hat das BICC an 37 Projekten gearbeitet (Vorjahr 33). Die Arbeit an 16 Projekten wurde im Jahr 2012 begonnen (Vorjahr 11), die Arbeiten an 22 Projekten wurden im Berichtsjahr abgeschlossen (Vorjahr 12).

Die stark erhöhten extern finanzierten Projektaktivitäten waren mit ebenfalls erhöhtem Personalbedarf verbunden, sodass die Personalaufwendungen insgesamt um 6,4 Prozent auf 1,486 Mio. Euro stiegen. Die Aufwendungen für die Infrastruktur und vergleichbare Posten gingen aber trotz des Wachstums sogar leicht

Auszug aus dem BICC Gesellschaftsvertrag:

„Die Gesellschaft befasst sich auf der Grundlage von anwendungsorientierter Wissenschaft und Forschung mit den durch die Konversion entstehenden Fragen und Problemen und stellt die Ergebnisse einer breiten Öffentlichkeit zur Verfügung.

Konversion zielt im Prozess einer umfassenden Transformation auf eine Verminderung bzw. Verhinderung der Vorbereitung, Androhung oder Anwendung von militärischer oder kriegerischer Gewalt in allen ihren Erscheinungsformen und soll auch als praktische Umsetzung von Abrüstung die Umstellung optimieren.

Zweck der Gesellschaft ist die

- Förderung von Wissenschaft und Forschung,
- Förderung des Völkerverständigungsgedankens,
- Förderung der Entwicklungszusammenarbeit.“

Die BICC GmbH ist als gemeinnützig anerkannt und verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

zurück und betragen mit 311.000 Euro nur 13 Prozent der Gesamtaufwendungen.

Aus der Fortsetzung des insgesamt positiven Trends resultiert der Ausweis eines positiven Jahresergebnisses. Der Überschuss in Höhe von knapp 41.000 Euro bildet einen Teil der selbst erwirtschafteten aktiven Risikovorsorge und wird für satzungsgemäße Zwecke eingesetzt werden. So erhält das BICC den notwendigen Handlungsspielraum für den geplanten Veränderungsprozess und die nachhaltige Wahrnehmung seiner Aufgaben.

Durch die sich weiterentwickelnde Ausrichtung, die neue Leitungsstruktur und die positive wirtschaftliche Entwicklung blickt das BICC inhaltlich gestärkt und



wirtschaftlich gut aufgestellt auf seine Herausforderungen und Aufgaben: „Konversionsforschung für eine friedlichere Welt“.

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2012 bis zum 31. Dezember 2012 (in Euro)

Ist 2012

Umsatzerlöse

a) Grundförderung des Ministeriums für Innovation, Wissenschaft und Forschung des Landes NRW	1.000.000,00
b) Projekteinnahmen aus abgeschlossenen Projekten	1.160.479,17
c) Kostenerstattungen und sonstige Einnahmen	10.302,33
	2.170.781,50

Bestandsveränderung bei unfertigen Projekten (HfA)	207.819,77
Sonstige betriebliche Erträge	34.934,96

Betriebsleistung 2.413.536,23

Materialaufwand in Projekten	558.870,35
Personalaufwand	1.486.460,35
Planmäßige Abschreibungen	17.010,63
Übrige Betriebsaufwendungen (Raumkosten etc.)	311.026,21

Betriebsaufwendungen 2.373.368,09

Finanzergebnis	495,88
----------------	--------

Geschäftsergebnis = Jahresüberschuss 40.664,02



Die wichtigsten Projekte 2012/2013 im Überblick

Anwendungsorientierte Forschung	Auswahl Produkte/ weitere Informationen
Entwicklung sozialer Notwendigkeiten für zukünftige Solarkraftwerke in der MENA-Region	seit März 2013 Kooperatives Forschungsprojekt mit dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie und Germanwatch, gefördert vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), s. S. 23
G-SEXTANT – Erdbeobachtungs-basierte Informationsdienste zur Unterstützung des Auswärtigen Dienstes der EU	seit Januar 2013 Projekt mit internationalem Konsortium im Rahmen des 7. Forschungsrahmenprogramms der EU; www.externalaction.security-copernicus.eu , s. S. 24
Wirtschaftsinteressen und –akteure in arabischen Ländern und ihre Rolle im Arabischen Frühling und danach	seit Juni 2012 Forschungskooperation mit Wissenschaftlern aus Ägypten, Sudan, Syrien und Jordanien, gefördert von der Volkswagen Stiftung, s. S. 22
Studien zum Themenfeld der Rüstungsexportpolitik	seit Mai 2012 Publikationen: Rüstungsexportbericht der GKKE, Studien zur parlamentarischen Kontrolle und Transparenz von Rüstungsexporten sowie zur Harmonisierung der EU-Rüstungsexportpolitik; www.ruestungsexport.info
DITAC – Entwicklung eines europäischen Curriculums für internationales Krisenmanagement	seit Januar 2010 Projekt mit internationalem Konsortium im Rahmen des 7. Forschungsrahmenprogramms der EU; www.ditac.info
TERAS-INDEX – Außen- und sicherheitspolitisches Engagement europäischer Staaten im Nahen und Mittleren Osten	seit Dezember 2010 Teilvorhaben innerhalb eines vom Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) koordinierten Verbundprojekts, gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)
Beteiligung des BICC am jährlichen Friedensgutachten	seit 1999 Buchveröffentlichung; www.friedensgutachten.de



Wissenschaftliche Politikberatung

Unterstützung und Beratung zur Kleinwaffenkontrolle im Sudan	seit Oktober 2012	In Zusammenarbeit mit der Sudan DDR Commission (SDDRC), gefördert vom Auswärtigen Amt, s. S. 17
Unterstützung und Kapazitätenbildung für den Umgang mit Kleinwaffen- und Munitionslagern und -überschüssen im Südsudan	seit Mai 2011	In Zusammenarbeit mit dem Southern Sudan Bureau for Community Security and Small Arms Control (SSBCSSAC), gefördert vom Auswärtigen Amt, s. S. 16
Fortlaufende Beratung zu Fragen der Liegenschaftskonversion	seit März 2010	Beratung der NRW Landesregierung in Kooperation mit der NRW.URBAN, s. S. 20
Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte sowie Global Militarization Index (GMI)	seit Mai 2002	Datenbanken und Länderberichte mit Grunddaten zu Rüstung, Militär, Sicherheit, Menschenrechten und Regierungsführung in 170 Ländern, gefördert vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ); www.ruestungsexport.info , s. S. 10
Studie zu sicherheitsrelevanten Risiken tragbarer Luftabwehrsysteme (MANPADS)	bis Februar 2013	Studie, gefördert vom Auswärtigen Amt; BICC <i>brief</i> 47, s. S. 14

Kapazitätenentwicklung (Capacity Development)

SmartCon – <i>Smart Technology</i> in der Kleinwaffenkontrolle	seit Februar 2013	Internationale Fachkonferenz, gefördert vom Auswärtigen Amt, s. S. 15
Unterstützung für Abrüstung, Demobilisierung und Reintegration (DDR) im Südsudan (Kapazitätenaufbau-Komponente)	seit Oktober 2009	In Zusammenarbeit mit der National DDR Commission (NDDRC) des Südsudan im Auftrag der KfW Bankengruppe
Zahlen und Fakten zu Krieg und Frieden – Interaktives Online-Portal	seit Juli 2010	Konzeption, Entwicklung und Implementierung im Auftrag der Bundeszentrale für Politische Bildung (bpb); sicherheitspolitik.bpb.de , s. S. 18

Die Öffentlichkeitsarbeit des BICC

Zum Portfolio des BICC gehört eine systematische, zielgruppenorientierte Öffentlichkeitsarbeit. Überwiegend aus öffentlichen Mitteln gefördert, ist es Auftrag des BICC, seine Ergebnisse aus anwendungsorientierter Forschung, wissenschaftlicher Politikberatung und Kapazitätenentwicklung allgemein zugänglich zu machen. Vor allem richtet es sich dabei an Politik und Zivilgesellschaft, Medien, Lehrende und Studierende sowie an die interessierten Bürgerinnen und Bürger. Mittel hierfür sind seine Publikationen, Veranstaltungen, Ausstellungen sowie die nationale und internationale Pressearbeit. Auskunft über alle Aktivitäten gibt das englischsprachige Newsportal www.bicc.de.

Seit Juni 2012 hat das BICC – allein und in Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern – rund 30 Veranstaltungen durchgeführt. Zentrale Themen waren dabei Fragen der zivil-militärischen Zusammenarbeit, die Rüstungsexportpolitik der Bundesrepublik Deutschland sowie Forschungsergebnisse aus dem Zusammenhang „Ressourcen und Konflikte“. Auch mit den Entwicklungen im Nahen und Mittleren Osten beschäftigten sich einige vom BICC organisierte Diskussionsveranstaltungen.

Auf dem Global Media Forum (GMF) „The Future of Growth – Economic Values and the Media“ (17. bis 19. Juni 2013) diskutierte das BICC seine Forschungsergebnisse zu Rohstoffextraktion und Konflikten im Tschad auf dem Workshop „Commodities and Foreign Investors—Protecting the Rights of Communities and Conflict Prevention (the Chad example)“, an dem u. a. die Menschenrechtsanwältin Delphine Djiraibe und die IWF-Expertin Korinna Horta teilnahmen. Schon seit 2008 nutzt das BICC die Gelegenheit, auf dem GMF seine aktuellen Forschungsfragen in den Dialog mit internationalen Medienvertreterinnen und -vertretern einzubringen.



Das BICC ist gemeinsam mit verschiedenen anderen Organisationen im internationalen Netzwerk der Stadt Bonn aktiv. So informiert das Friedens- und Konfliktforschungszentrum auf dem jährlich stattfindenden UN-Tag Bürgerinnen und Bürger mit einem Infostand über seine Forschungen. Am 20. Oktober 2012 ging es dabei um die Frage, wie Rohstoffe wie Kakao, Gold und Erdöl nachhaltig und ohne gewaltsame Konflikte gefördert werden können. Am ersten Deutschen Entwicklungstag, der am 25. Mai 2013 in Bonn und weiteren 15 Städten stattfand, beteiligte sich das BICC gemeinsam mit UNU (United Nations University) und ZEF (Zentrum für Entwicklungsforschung) in einem „Wissenschaftszelt“ mit einem Fokus auf Afrika.



Als federführender Herausgeber des „Friedensgutachtens“ war das BICC 2013 hauptverantwortlich für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit dieser gemeinsamen Publikation der führenden Friedens- und Konfliktforschungsinstitute Deutschlands. Neben Aktivitäten rund um die Vorstellung des Buches auf der Bundespressekonferenz in Berlin wird das BICC zu Beginn des Wintersemesters 2013 auch eine Diskussionsveranstaltung an der Universität Bonn durchführen, die ein wichtiger Kooperationspartner auch in Sachen Öffentlichkeitsarbeit ist.



Die Medienpräsenz des BICC hat sich im letzten Jahr deutlich weiterentwickelt. Neben Artikeln in Printmedien sind die Forscherinnen und Forscher des BICC gefragte Interviewpartner für deutsche und internationale Radio- und Fernsehsender, darunter der Westdeutsche Rundfunk, Deutsche Welle, Deutschlandradio, BBC Radio, Russian News TV Channel sowie die ARD und das österreichische Fernsehen Servus.tv.



Bis Juli 2013 tourte die von MISEREOR geförderte Fotoausstellung „Rohstoffe für eine gerechte Welt“ durch Deutschland, wo sie an zahlreichen öffentlichen Orten zu sehen war. Das BICC konzipierte und organisierte diese Ausstellung in Zusammenarbeit mit dem „AK Rohstoffe“. Thematisch war sie den sieben Konfliktrohstoffen Kakao, Erdöl, Gold, Diamanten, Uran, Edelholz und Soja gewidmet.

Podiumsdiskussionen und Vorträge (Auswahl)

„Zwei Jahre später – ‚Arabischer Frühling‘ unter Beschuss?"; Podiumsdiskussion mit Marc von Boemcken, Elke Grawert, Ahmed Khalifa, Salam Said und Jerry Sommer. Mit anschließender Vernissage einer Fotoausstellung von Ahmed Khalifa (Bonn, 21. Februar 2013)

„Die Zukunft ziviler Konfliktbearbeitung nach Afghanistan"; Podiumsdiskussion mit Isabella Bauer, Cornelia Brinkmann, Andreas Heinemann-Grüder, Winfried Nachtwei und Conrad Schetter (Bonn, 16. April 2013)

„Militärische Interventionen und Neuer Humanitarismus. Zur Auflösung zivil-militärischer Grenzen“, Vortrag von Conrad Schetter. In Zusammenarbeit mit EuroConsult Research & Education, Universität Bonn und EADI (Bonn, 10. Juni 2013)

„Vor die Wahl gestellt: Was hat Priorität in Sachen Frieden und Entwicklung?"; Podiumsdiskussion mit Dr. Stephan Eisel ehem. MdB, CDU, Achim Kansy, Ratsfraktion Bonn, FDP, Paul Schäfer MdB, Die Linke, Frithjof Schmidt MdB, Bündnis 90/Die Grünen, und Heidemarie Wieczorek-Zeul MdB, SPD. In Zusammenarbeit mit Plattform Zivile Konfliktbearbeitung (Bonn, 16. September 2013)

Konferenzen und Workshops (Auswahl)

„9th International South Sudan and Sudan Studies Conference"; in Zusammenarbeit mit der Sudan Studies Association USA und der Sudan Studies Society UK (Bonn, 23. – 25. Juli 2012)

„Preventing diversion of arms and ammunition: Approaches in Sudan and South Sudan"; Side event anlässlich der "UN Programme of Action Review Conference 2012". In Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt (New York, 28. August 2012)

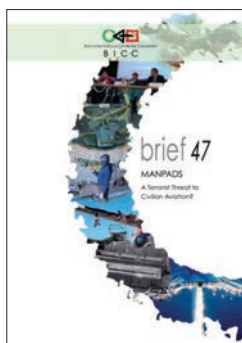
„Smart Technology in SALW Control"; in Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt (Berlin, 17. bis 18. Juni 2013); (s. S. 15).

Publikationen

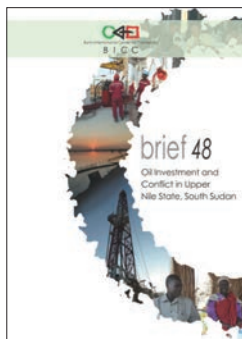
Briefs



brief 46. Müller, Marie und Friedel Hütz-Adams (Hg.). 2012. *Kleinbergbau in Peru und der DR Kongo*. Bonn: BICC, September.



brief 47. Ashkenazi, Michael et al. 2013. *MANPADS—A terrorist threat to civilian aviation?* Bonn: BICC, Februar.



brief 48. Grawert, Elke und **Christine Andrä**. 2013. *Oil Investment and Conflict in Upper Nile State, South Sudan*. Bonn: BICC, Mai.

Occasional Papers



Occasional Paper VIII. Grebe, Jan und **Christoph Schwarz**. 2013. *Sicherheitspolitische Implikationen maritimer Aufrüstung im asiatisch-pazifischen Raum. Australien, Japan, Südkorea und Vietnam im Fokus*. Bonn: BICC, Februar.

Bulletins

BICC Bulletin, No. 61, Juli-September 2012

Feature: *Moving on and forward in the ATT process*. Katherine Prizeman.

BICC Bulletin, No. 62, Januar-März 2013

Feature: *German Arms Exports—“Strengthening instead of interference”*. Jan Grebe and Marc von Boemcken.

BICC Bulletin No. 63, Juli 2013

Feature. *Combat drones are not planes*. Marc von Boemcken, Ines-Jacqueline Werkner, Margret Johannsen und Bruno Schoch.

Focus

BICC Focus 11

Boemcken, Marc von. 2012. *Dealing with Private Security Companies. Options for Development Cooperation in Timor-Leste, Liberia and Peru*. Bonn: BICC, Oktober.

BICC Focus 12

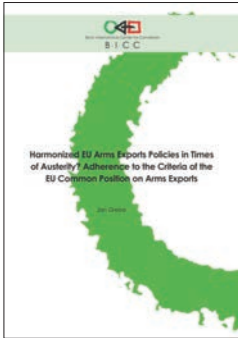
Ebertz, Utz und **Marie Müller**. 2013. *Legacy of a resource-fueled war: The role of generals in Angola's mining sector*. Bonn: BICC, Juni.

Features

BICC Feature 3

Sommer, Jerry. 2012. *Iran-Verhandlungen – und wie weiter?* Bonn: BICC, Juli.

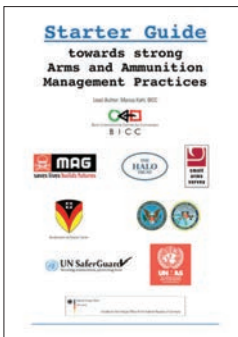
Andere BICC Publikationen



Grebe, Jan. 2013. *Harmonized EU Arms Exports Policies in Times of Austerity? Adherence to the Criteria of the EU Common Position on Arms Exports.* Bonn: BICC, Juni.



Grebe, Jan und Sebastian Roßner. 2013. *Parlamentarische Kontrolle und Transparenz von Rüstungsexporten.* Bonn: BICC, Juli.



Kahl, Marius. 2013. *Starter Guide towards strong Arms and Ammunition Management Practices.* Bonn: BICC, Januar.

Weitere Veröffentlichungen

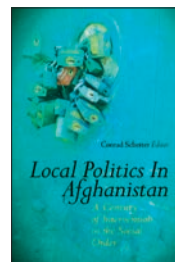
Books



Boemcken, Marc von. 2013. *Between Security Markets and Protection Rackets. Formations of Political Order.* Leverkusen & Opladen: BudrichUniPress.



Boemcken, Marc von. Ines-Jacqueline Werkner, Margret Johannsen and Bruno Schoch (Hg.). 2013. *Friedensgutachten 2013.* Berlin: LIT.



Schetter, Conrad. (Hg.). 2013. *Local Politics In Afghanistan. A Century of Intervention in Social Order.* London/New York: Hurst and Columbia University Press.

Journal Articles and Book Chapters (peer-reviewed)

Ashkenazi, Michael. 2012. "Development is Destruction, and Other Things You Weren't Told at School." In Volker Franke and R. Dorff (Hg.). *Conflict Management and "Whole of Government": Useful Tools for U.S. National Security Strategy?* Carlisle, PA: Strategic Studies Institute, S. 91–125.

Ashkenazi, Michael. 2013. "Forces Of Order And Disorder: Security Providers And The Illusion Of Conflict Management." In Volker Franke und R. Dorff (Hg.). *Conflict Management and Peacebuilding: Pillars of a New American Grand Strategy.* Carlisle, PA: Strategic Studies

Ashkenazi, Michael und **Jan Grebe.** 2013. „Traditionelle Konfliktbearbeitung.“ In Andreas Heinemann-Grueder and Isabella Bauer (Hrsg.), *Zivile Konfliktbearbeitung: Vom Anspruch zur Wirklichkeit.* Opladen & Toronto: Verlag Barbara Budrich, S. 122–33.

Boemcken, Marc von. 2013. „Rüstungsmärkte ohne Grenzen. Neue Komplexe globalen Unfriedens“. In Marc von Boemcken, Ines-Jacqueline Werkner, Margret Johannsen and Bruno Schoch (Hg.). *Friedensgutachten 2013*. Berlin: LIT, S. 32–45.

Doevenspeck, Martin, **Lena Guesnef** und **Marie Müller.** 2013. „Ostkongo: der ewige Krieg?“ In Marc von Boemcken, Ines-Jacqueline Werkner, Margret Johannsen und Bruno Schoch (Hg.). *Friedensgutachten 2013*. Münster: Lit Verlag, S. 278–91.

Grebe, Jan und Peter Kreuzer. 2013. „Lässt sich der Drache zähmen? Eskalation und Aufrüstung im Südchinesischen Meer“. In Marc von Boemcken et al. (Hg.). *Friedensgutachten 2013*. LIT: Münster, S. 69–83.

Grebe, Jan und Nils Schaede. 2012. „Aufstrebende Staaten. Rüstungsindustrie in Brasilien, Indien und Südafrika“. *Wissenschaft und Frieden*, Vol. 30, No. 4, S. 25–27.

Schetter, Conrad und Katja Mielke. 2013. „Erzwungene Staatlichkeit – Die internationale Intervention in Afghanistan“. In Günter Meyer et al. (Hg.). *Staatlichkeit in der Dritten Welt – Fragile und gescheiterte Staaten als Entwicklungsproblem*. Mainz: Johannes Gutenberg Universität Mainz (Veröffentlichungen des interdisziplinären Arbeitskreises Dritte Welt Bd. 22), S. 127–42.

Schinke, Boris, Jens Klawitter und **Christof Kögler.** 2012. „Desertec: Zwischen Heilsanspruch und neokolonialen Befürchtungen“. *Wissenschaft und Frieden*, Vol. 30, No. 3, S. 39–42.

Renaud, Fabrice und **Lars Wirkus.** 2012. „Water, Climate Change and Human Security: Conflict and Migration.“ In H. Bigas et al. (Hg.). *The global water crisis: addressing an urgent security issue. Papers for the Interaction Council*. UNU-INWEH, Hamilton, S. 34–45.

Other Articles and Reports

Kösling, Marc, Michael Ashkenazi und **Christof Kögler.** i.E.. „Controlling Small Arms and Light Weapons. Contemporary Africa“. *Entwicklung + Zusammenarbeit / Development + Cooperation*.

Schetter, Conrad. 2013. „Book Review: Policing Afghanistan by Antonio Giustozzi“. *International Affairs*, Vol. 89, No. 4. S. 1074–75.

Van de Vondervoort, Luuk, David Deng und Paul Mertenkoetter. 2013. „Establishing a Mining Sector in Postwar South Sudan“. *Special Report*. Washington, DC: United States Institute of Peace, April.

Wirkus, Lars. 2012. „Liegenschaftskonversion im Wandel – Ausmaß, Auswirkungen, Akteure“. *Städte- und Gemeinderat*, Ausgabe 7/8.

Kramm, Johanna und **Lars Wirkus.** 2010. „Local Water Governance: Negotiating Water Access and Resolving Resource Conflicts in Tanzanian Irrigation Schemes“. *MICROCON Research Working Paper 33*, Brighton: MICROCON.

Media

Khalifa, Ahmed. 2013. „Stein auf Stein“. *Zenith Zeitschrift für den Orient*. 28. Januar.

Khalifa, Ahmed und Kristin Jankowski. 2012 „Wir drehen uns im Kreis“. *Zenith Zeitschrift für den Orient*. 25. Juni.

Khalifa, Ahmed. 2013. „Kinder des Aufruhrs in Kairo“. *Süddeutsche Zeitung*. 31. Januar.

Khalifa, Ahmed. „2013 Egypt 2013 – Street Clashes instead of Anniversary“. *Arab Spring Collective*. 28. Januar. Verfügbar unter <<http://arabspringcollective.wordpress.com/2013/01/28/ahmed-khalifa-the-2nd-anniversary-of-the-egyptian-revolution-in-pictures/>>.

Khalifa, Ahmed. 2012. „Photos from the Inside“. *Arab Spring Collective*. 25. August. Verfügbar unter <<http://arabspringcollective.wordpress.com/2012/08/25/ahmed-khalifa-photos-from-the-inside/>>.

Khalifa, Ahmed und Günther Birkenstock. 2013. „Quiet before the storm“. *Deutsche Welle*. 7. Juli.

Konversionsforschung für eine friedlichere Welt

Das BICC (Internationales Konversionszentrum Bonn – Bonn International Center for Conversion) befasst sich als unabhängige, gemeinnützige Organisation mit globalen Themen der Friedens- und Konfliktforschung, in deren Zentrum Konversionsstudien stehen. Seine Vision ist eine friedlichere Welt. Deshalb beschäftigt sich das BICC mit Problemen, die durch organisierte Gewalt entstehen und will Wege finden, diese zu überwinden.

Inhaltliche Schwerpunkte

Das BICC untersucht die Dynamiken organisierter Gewalt auf drei Ebenen:

- *Konzepte* (Veränderungen im Verständnis von Krieg und damit zusammenhängender Prozesse).
- *Mittel* (Forschung zur materiellen Dimension von organisierter Gewalt: u. a. Konversion militärischer Liegenschaften; weltweite Rüstungsausgaben und –exporte; Kontrolle von Kleinwaffen; neue Rüstungstechnologien).
- *Praktiken* (sämtliche Prozesse beobachtbarer Veränderungen organisierter Gewalt: u. a. Militärregime in Umbruchsituationen, Privatisierung von Sicherheit).

Natürliche Ressourcen sowie Migration und Grenzen bilden weitere Schwerpunkte seiner Arbeit. Auch in diesen gesellschaftlich höchst relevanten Themen manifestiert sich organisierte Gewalt.

Die anwendungsorientierte, empirische Forschung des BICC ist kritisch, problemorientiert und politikrelevant. Interdisziplinär ergänzen sich Themen und ermöglichen vielfältige inhaltliche und methodologische Synergien. Dies wirkt auch in den Bereich der Beratung und Kapazitätenentwicklung hinein.

Leistungen

Das Portfolio des BICC umfasst:

- *Anwendungsorientierte Forschung* (Forschungsberichte, Hintergrund- und Evaluationsstudien, Folgenabschätzungen, Entwicklung von Indikatoren, Datensammlung und –analyse sowie Machbarkeitsstudien zur Unterstützung der Projektimplementierung).
- *Wissenschaftliche Politikberatung* (Hintergrundanalysen, Machbarkeits- und Evaluationsstudien, Trainings- und Expertenworkshops sowie die Bereitstellung von Langzeit- und Kurzeitexperten).
- *Entwicklung von Kapazitäten* (Ausarbeitung von Konzepten und Modulen zu Weiterbildung und Training für Akteure in Friedensprozessen).
- *Öffentlichkeitsarbeit* (Veröffentlichungen, Konferenzen und Veranstaltungen, Ausstellungen).

Organisation und Auftrag

Das BICC wurde 1994 mit der Unterstützung des Landes NRW als gemeinnützige GmbH gegründet. Es wird von einem wissenschaftlichen Direktor und einem kaufmännischen Geschäftsführer geleitet. Gesellschafter sind die Länder NRW und Brandenburg. Die Gremien des BICC sind der Aufsichtsrat, die Gesellschafterversammlung und das Internationale Kuratorium.

Der Auftrag des BICC ist kritische, problemorientierte und politikrelevante Konversionsforschung als Antwort auf Probleme, die durch organisierte Gewalt entstehen. Dazu steht das BICC im aktiven Austausch mit Akademikern, Politikern sowie Vertretern aus Praxis und Zivilgesellschaft. Als Think Tank sucht es den Dialog mit NGOs, Regierungen, privaten Organisationen, Forschungsinstituten und Universitäten sowie interessierten Einzelpersonen. Mit seiner Öffentlichkeitsarbeit möchte das BICC seine zentralen Themen stärker in das Bewusstsein der Menschen rücken.

Partner, Förderer und Auftraggeber

Das BICC erhält vom Land Nordrhein-Westfalen (NRW) eine institutionelle Förderung. Die Funktion des wissenschaftlichen Direktors ist mit einer Professur für Friedens- und Konfliktforschung an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn verbunden.

Das BICC kooperiert mit internationalen und deutschen Forschungsinstitutionen, internationalen und deutschen Stiftungen, UN- und anderen internationalen Organisationen, Bundesministerien wie dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sowie Einrichtungen wie der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), mit internationalen und deutschen NGOs sowie internationalen und bilateralen Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit. Das BICC ist Mitherausgeber des jährlich erscheinenden „Friedensgutachtens“.

Fotos

- Titel: Ahmed Khalifa. Kairo, Nähe Tahrir-Platz, Januar 2013, andere Fotos s.u.
- S. 4 Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen. Ministerin Svenja Schulze
- S. 5 Barbara Frommann/BICC. Michael Dedek und Conrad Schetter (v.l.)
- S. 6 Teddy Wade/ISAFMEDIA. Afghanische und US-Soldaten im Depak Tal, Afghanistan
ArmyAmber/Pixabay. Afghanischer Mann
- S. 7 Maria J. Alemann/flickr. Demonstration in Chicago United States Airforce. Drohne Global Hawk 04-2015
- S. 8 Al Jazeera English. Demonstration in Benghazi, Libyen
Andrew Stawarz. Graffiti
- S. 14 Tidus Tia/Wikimedia Commons. Angel Flares
- S. 15 Thomas Ecke/BICC. SmartCon Berlin
- S. 16 Luuk van de Vondervoort/BICC. Kleinwaffenkontrolle Südsudan
- S. 17 Nikhil Acharya/BICC. Registrierung und Markierung von Waffen in West-Darfur, Sudan
- S. 18 Alexander Strunck/BICC. Startseite bpb-Portal;
Alexander Strunck/BICC. Karte aus dem bpb-Portal
- S. 19 Alexander Strunck/BICC. Karte aus dem bpb-Portal
- S. 20 Stadt Bonn/Michael Sondermann. Oberbürgermeister Jürgen Nimptsch
Netzwerk Friedenskooperative. Ermekeil-Kaserne
- S. 21 Anna Kaitinnis. Tempel in Yangon. Myanmar
- S. 22 Ahmed Khalifa. Kairo, Nähe Innenministerium, Januar 2012
- S. 23 BSMPS/Wikimedia Commons. Thermosolaranlage Andosol
- S. 24 Anke Täubert/BICC. Goldabbau in der DR Kongo
- S. 25 SYMIN. Karte zum Goldabbau in Afghanistan
- S. 27 Thomas Ecke/BICC. SmartCon Berlin
- S. 28 Barbara Frommann/BICC. Gruppenfoto BICC
- S. 29 BICC. Sudanesische Delegation am BICC, Dezember 2012
- S. 30 Andra Schmidt/BICC. Fachgespräch zum Kleinbergbau, November 2012
- S. 31 Luuk van de Vondervoort/BICC. Kleinwaffenkontrolle Südsudan
- S. 32 BICC. „Wissenschaftszelt“ auf dem Deutschen Entwicklungstag in Bonn
- S. 32 DW/M. Magunia. BICC-Workshop auf dem Global Media Forum 2013
- S. 33 Susanne Heinke/BICC. Bundespressekonferenz zum Friedensgutachten 2013
- S. 33 Andra Schmidt/BICC. Podiumsdiskussion „Die Zukunft ziviler Konfliktbearbeitung nach Afghanistan“,
Winfried Nachtwei und Conrad Schetter (v.l.)

Impressum

BICC • Bonn International Center for Conversion – Internationales Konversionszentrum Bonn GmbH
Pfarrer-Byns-Straße 1 • 53121 Bonn • Deutschland • Tel.: +49-(0)228-911 96-0 • Fax: +49-(0)228-911 96-22
E-Mail: bicc@bicc.de • Internet: www.bicc.de

Wissenschaftlicher Direktor: Prof. Dr. Conrad Schetter • Kaufmännischer Geschäftsführer: Michael Dedek
Herausgeberin: Susanne Heinke • Publishing Management: Heike Webb

Mitarbeit am Jahresbericht 2013

Autoren:	Nikhil Acharya, Michael Dedek, Elke Grawert, Jan Grebe, Susanne Heinke, Christof Kögler, Marc Kösling, Wolf-Christian Paes, Conrad Schetter, Svenja Schulze, Luuk van de Vondervoort, Lars Wirkus
Redaktion:	Susanne Heinke
Übersetzung:	Lynn Benstead (Englisch), Sybille Frey (Deutsch), Heike Webb (Deutsch/Englisch)
Sonstige Mitarbeit:	Alexander Strunck (Karten), Andra Schmidt, Susanne Zacharias
Layout:	Ralf Kolmsee, F5 Mediengestaltung
Druck:	bonndruck GmbH
Redaktionsschluss:	16. September 2013

